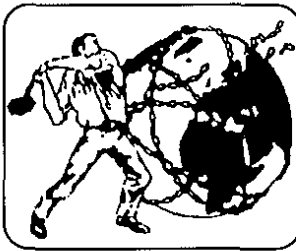


GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

8-9/03

August/September 2003

Im Kampf für den wissenschaftlichen Kommunismus und die proletarische Revolution gegen religiöse Verdummung und Verhetzung

Religion: Vor allem die christlich-deutsche Ideologie bekämpfen!

Kommunistinnen und Kommunisten sind Atheisten. Sie glauben nicht an ein „höheres Wesen“. Sie wissen, daß ihnen „kein Gott, kein Kaiser noch Tribun“ helfen wird, wie es in der Internationale heißt.

Der Kampf für den Kommunismus ist auch ein Kampf für eine klassenlose Gesellschaft, in der „der Mensch dem Menschen das höchste Wesen ist“. Doch eine ernste wissenschaftliche Haltung zur Klärung aller Fragen in Natur und Gesellschaft ist nur *ein* grundlegender Gesichtspunkt.

Es bleiben Fragen nach der Entstehung der verschiedenen Religionen, nach ihrer Funktion in verschiedenen Gesellschaftsformationen, aber auch die Fragen nach der Rolle der religiösen Institutionen, ihre Bedeutung in den Klassenkämpfen und allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die Politik und Taktik der Kommunistischen Parteien vor und nach dem Sieg der volksdemokratischen und sozialistischen Revolution gegenüber religiösen Institutionen, besonders aber gegenüber von der Religion noch beeinflussten Teilen der Masse der Werktätigen, enthält einige Grundgedanken, die Ausgangspunkt für die konsequente Anwendung auf die heutigen Bedingungen in Deutschland und der hier stattfindenden Vorbereitung auf die sozialistische Revolution sein müssen.

Erste Ergebnisse unserer Überlegungen und Analysen werden nachfolgend eingeleitet durch *zehn Thesen* über unsere Linie im Kampf gegen die Religion heute in Deutschland.

I. Die Rolle der Religion

1. Auf den unteren Stufen der Entwicklung der Menschheit entstand die Religion als Eigenprodukt der Menschen selbst, die sich mystische Erklärungen für noch nicht Erklärbares zusammenreimten und gleichzeitig die Religion als **Opium des Volkes**, als Seufzer der bedrängten Kreatur nutzten, um das Elend besser ertragen zu können.

2. Mit der Teilung der Gesellschaft in Klassen und der Herausbildung der Ausbeuterklassen kam hinzu, dass die jeweils herrschende Klasse die Religion auch als **Opium für das Volk** nutzte, als Ideologie des Erduldens der Unterdrückung. Neben der Vertröstung auf den Himmel setzten die herrschenden Klassen die Religion aber auch als Instrument zur Aufhetzung und Zersplitterung der Unterdrückten untereinander ein. Zudem wurde die Religion ein Mittel der Aufhetzung gegen die bürgerlich-demokratische Aufklärung und seit 150 Jahren gegen den wissenschaftlichen Kommunismus und wirkte und wirkt so direkt konterrevolutionär.

II. Erfordernisse und Begrenztheit des Kampfes gegen religiöse Verdummung

3. Der Kampf der kommunistischen Kräfte gegen die Religion als Voraussetzung jedes kriti-

schen Denkens ist nicht nur und vor allem nicht allein die Aufgabe wissenschaftlicher Aufklärung über Ursachen der Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Die Religion, die ja nicht nur auf Betrug, sondern auch auf Unwissenheit beruht, hat als materielle Quelle die ausbeuterischen Verhältnisse. Im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung vor der Revolution lässt sich die Religion nicht vollständig „besiegen“. Nach der siegreichen Revolution, vor allem dann im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in der ganzen Welt werden die ausbeuterischen Verhältnisse beseitigt und so der Boden für religiöse Ideologie ausgetrocknet. Dann erst wird die Entfaltung antireligiöser Argumentationen umfassende Erfolge erringen.

4. Dabei gilt es – den Rat Lenins verstehend und anwendend –, die antireligiöse Aufklärung unter den unterdrückten Massen der Werktätigen in angemessener Form vor allem gegen ihre Aufspaltung und Aufhetzung gerichtet zu betreiben, den Erfordernissen des aktuellen politischen Kampfes ein- und unterzuordnen und stets die beiden Seiten der Religion – nämlich ihre Funktion als „Opium des Volkes“ und als „Opium für das Volk“ – im Auge zu behalten. Gestützt auf den wissenschaftlichen Kommunismus lehnen die kommunistischen Kräfte in der ganzen Welt jede Religion und Mystik ab,

Das Kopftuch und christlich-abendländischer deutscher Chauvinismus

Wenn eine Frau in einer durchschnittlichen deutschen Behörde mit einem Kopftuch einem deutschen Beamten gegenübertritt, so gilt sie in der Regel gleich als eine Art „niederes Wesen“... vorausgesetzt, es handelt sich nicht gleich erkennbar um eine bayrische oder norddeutsche Bäuerin.

Das Kopftuch gilt beim durchschnittlichen „Kreuz-um-den-Hals“-Träger als Symbol der „primitiv-islamischen“ Kultur schlechthin und in den letzten zwei Jahren ja als Indiz des potenziellen terroristischen „Islamismus“. Diese reaktionäre Grundmentalität wird oft genug vom deutschen Macho durch scheinbar fortschrittliche Argumente gegen „Frauenunterdrückung“ kaschiert und die christlich-kulturellen Täufer wehrloser kleiner Kinder ereifern sich über „religiösen Zwang“. Und der von Nietzsche inspirierte deutsche Herrenmensch, der jegliche menschliche Moral ablehnt und das „Raubtier“ als Inbegriff der Freiheit versteht, ereifert sich angesichts (noch) religiöser muslimischer Frauen, die ein Kopftuch tragen, über die Knechtschaft der Religion. Es ist diese himmelschreiende Heuchelei, die nach dem Kampf gegen diese Figuren schreit.

Wenn demokratische und kommunistische Kräfte im Alltag, in Diskussionen solchen Erscheinungen begegnen, ist die Position klar: Die Verteidigung der Freiheit religiöser Einstellungen und Sitten gegen die Anmaßung und Arroganz der Träger der deutschen Ideologie ist ein selbstverständlicher Ausgangspunkt, um so handfest wie nötig und möglich klar Partei zu ergreifen. Damit wird nicht „die Religion“ oder „der Islam“ verteidigt, sondern die Menschen, die (noch) religiöse Ansichten haben und in Wahrheit nicht wegen ihrer Religion, sondern wegen ihrer angeblicher „Minderwertigkeit“ angegriffen werden.

Wenn in einer Fabrik islamisch gläubigen Arbeiterinnen das Tragen des Kopftuches verboten werden soll, ist es dann nicht klar, dass es ein **Akt der politischen Solidarität** – und nicht ein Akt der Verteidigung der Religion – ist, wenn zum Beispiel am nächsten Tag alle fortschrittlichen Arbeiterinnen, ob atheistisch oder christlich oder hinduistisch eingestellt, mit dem Kopftuch erscheinen werden?

In diesen oder ähnlichen Kampfkationen, also inmitten der praktizierten Solidarität, mag es dann je nach Situation angebracht sein, in Diskussionen über die Religion und ihre negativen Folgen in allen Erdteilen zu sprechen und atheistische Standpunkte vorzustellen. Ohne diese solidarische Aktion als Voraussetzung kann abstrakte atheistische Propaganda – hier sogar mit der Stoßrichtung gegen die Religion einer Minderheit – die Arbeiterinnen und Arbeiter spalten und insofern sogar reaktionär wirken.

Bei Betrachtung dieser in der Wirklichkeit am häufigsten vorkommenden Fälle von Diskriminierung wird das grundlegende Prinzip der Solidarität und der Verpflichtung zur Aufklärung deutlich. Wenn man das Prinzip ernst nimmt kann auch folgende Situation eintreten: reaktionäre moslemische Frauen wollen erzwingen, daß christlich-aramäische Frauen alle Kopftücher tragen müssen. Dann erfordert das Prinzip, den Kampf aufzunehmen, für das Recht dieser christlich-aramäischen Frauen, kein Kopftuch tragen zu müssen.

Nur wenn die demokratischen und kommunistischen Kräfte im Kampf beweisen, dass und wie sie für **Religionsfreiheit** eintreten und andererseits **angemessene Formen antireligiöser Aufklärung** finden, gibt es unabhängig von Religion und Nationalität die Möglichkeit, auch jenen sich bloss religiös verkleidenden reaktionären Kräften entgegenzutreten, die auf ihre Weise die Spaltung der Masse der Werktätigen oder Jugendlichen betreiben. Gerade wenn es sich um Reaktionäre handelt, die die Religion einer Minderheit in Deutschland als Deckmantel für ihre reaktionären Aktivitäten benutzen, steht dabei aber im Vordergrund, auf der Basis des oben skizzierten solidarischen Kampfes, bei dem für jeden sichtbar das Hauptfeuer auf das reaktionäre christlich-abendländische und deutsch-chauvinistische Gehabe gerichtet ist, anhand von Beweisen den Reaktionär als Reaktionär zu entlarven, seine Mitarbeit in dieser oder jenen faschistoiden Organisation aufzudecken und deutlich und eindeutig klarzustellen, dass das „Religiöse“ nur Tarnung ist. Jeder andere Weg bedeutet nichts anderes, als mit der Strömung der Vorurteile des christlich-deutschen Chauvinismus mit zu schwimmen anstatt **gegen die Strömung** anzukämpfen!

wissen aber auch von der Untauglichkeit rein administrativer Maßnahmen. Sie kennen die zählebige Macht der Gewohnheit.

5. Die kommunistischen Kräfte, die wissen, dass es in der Klassengesellschaft keine in sich geschlossene allgemein-humanistische Moral geben kann, sondern nur Varianten der Klassenmoral, betonen in allen Kämpfen die Grundsätze der kommunistischen Moral, der Moral der Ausgebeuteten und Unterdrückten, die Moral des Kampfes und der Solidarität der „Verdammten dieser Erde“ im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion für den Sieg des Kommunismus und des proletarischen Internationalismus in der ganzen Welt.

III. Der Kampf gegen religiöse Verdummung und Verhetzung in Deutschland ist vor allem Kampf gegen die christlich-chauvinistische Ideologie

6. Im wissenschaftlichen und politischen Kampf gegen die Religion und ihre diversen Organisationen müssen die kommunistischen Kräfte heute in Deutschland – bei gleichzeitiger Auswertung des Kampfes gegen die Religion in der Geschichte der Aufklärung und der Arbeiterbewegung aller Länder – programmatische Grundsätze auf die heutige Situation im eigenen Land anwenden. Dabei steht

der Kampf gegen die ideologischen und politischen Methoden des deutschen Imperialismus im Vordergrund, provokativ und die Fronten verwirrend die Unterdrückungs- und Spaltungspolitik in der Welt und innerhalb Deutschlands mit religiösen Phrasen zu maskieren.

7. Es ist der herrschenden Klasse in der Geschichte gerade Deutschlands vor allem gelungen, ihre Politik der nationalen Unterdrückung und der Unterdrückung von diversen Minderheiten innerhalb Deutschlands zu kaschieren mit einer Ideologie des „christlichen Abendlands“ gegen Juden und Moslems. Dabei initiierte sie nicht nur pogromartige Massenbewegungen und Pogrome bis hin zum Völkermord, sondern es gelang ihr auch, innerhalb der berechtigten Abwehrkräfte gegen diesen christlich verkleideten deutschen Chauvinismus religiös-reaktionäre Kräfte als Handlanger einzuspannen, um die Gegenwehr zu desorientieren und zu unterminieren.

8. Im Kampf gegen die heute vom deutschen Imperialismus verstärkt betriebene antidemokratische Reaktion nehmen die kommunistischen Kräfte im Kampf gegen Religion und religiöse Organisationen den nicht zu Ende geführten oder genauer: in Deutschland kaum begonnenen Kampf der bürgerlich-demokratischen Aufklärung und des bürgerlich-demokratischen Kampfes auf.

9. Die unverrückbaren Forderungen dabei sind:

- Vollständige Trennung von Staat und Kirche in allen Aspekten und Lebensbereichen
- Kampf gegen jegliche staatliche oder gesellschaftliche Unterdrückung religiöser Minderheiten
- Enttarnung jeder Verkleidung reaktionärer politischer Strömungen unter der Maske dieser oder jener Religion, wobei in Deutschland der Hauptschwerpunkt zweifelsfrei auf die christlich-abendländische Ideologie und Politik gerichtet sein muss, ohne andere Formen reaktionär-religiöser Maskerade ganz aus der Schusslinie zu nehmen.

10. Dabei muss – gerade in Deutschland – auch jene scheinbar „antireligiöse“ Tradition und Ideologie bekämpft werden, die in der Tradition von Nietzsche bis hin zu Ideologen der Nazis Religion mit humanistischer Moral gleichsetzt und die Religion bekämpft, um mit einer mystischen, die Natur als Vorbild nehmenden Raubtier-Ideologie und „neuheidnischen“ Naturmystik jegliche Elemente humanistischer Moral überhaupt zu bekämpfen.

★★★

Religion: Vor allem die christlich-deutsche Ideologie bekämpfen!

I. Die Rolle der Religion

Religion als Opium des Volkes

Religion, Aberglaube, Mystik sind – wie jedes Bewusstsein – historisch bedingte gesellschaftliche, also von Menschen geschaffene Erscheinungen:

„Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen.“

(Marx, „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung“, 1843-1844, Werke Band 1, S. 378, H.i.O. wenn nicht anders vermerkt)

Die religiösen Glaubensmythen, die voller Erzählungen über Wunder und übernatürliche Vorgänge sind, haben dabei eine reale Grundlage, aber diese Grundlage vermittelt eine verzerrte Vorstellung von der Wirklichkeit. Die Religion „verdoppelt“ quasi die Welt: Neben der realen objektiven Welt schafft sie die erfundene Welt von Göttern und Geistern:

„Nun ist alle Religion nichts anderes als die phantastische Widerspiegelung, in den Köpfen der Menschen, derjenigen äußeren Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen, eine Widerspiegelung, in der die irdischen Mächte die Form von überirdischen annehmen.“

(Engels, „Anti-Dühring“, 1894, Werke Band 20, S. 294)

In der frühen Urgemeinschaft hatten die Menschen über viele Jahrtausende keine Religion, die ältesten vorgeschichtlichen Überreste, die religiöse Interpretationen zulassen, datieren mehrere zehntausend Jahre vor unserer Zeitrechnung. Frühe Formen religiösen Aberglaubens waren Jagdmagie, Abwehrzauber oder Fruchtbarkeitskult. Die Urmenschen erfanden immaterielle Kräfte – Geister und Götter –, vor denen sie sich verneigten, die sie anbeteten und denen zu Ehren sie bestimmte Riten vollzogen, damit diese sie vor Hunger, Krankheit oder Naturkatastrophen schützen, und baten um Jagderfolge, gute Ernten oder Gesundheit. Denn ihr Alltag war vom harten Überlebenskampf mit der Natur geprägt:

„Daß dem Urmenschen das Notwendige als freie Gabe der Natur zufiel, ist ein einfältiges Märchen (...) Ein goldenes Zeitalter hat es niemals gegeben, und der Urmensch wurde

förmlich erdrückt von der Schwierigkeit des Daseins, der Schwierigkeit des Kampfes mit der Natur.“

(Lenin, „Die Agrarfrage und die „Marxkritiker“, 1901, Werke Band 5, S. 105)

Als „Seufzer der bedrängten Natur“ ist die Religion gleichzeitig eine lebende Anklage gegenüber den elenden realen Lebensverhältnissen. Sie ist, wie Marx sagt, „das Gemüt einer herzlosen Welt“:

„Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.“

Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.“

(Marx, „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung“, 1843-1844, Werke Band 1, S. 378 f.)

Eine Analyse der Religion als Eigenprodukt der Menschen über die verschiedenen Epochen der Menschheitsgeschichte zeigt, dass der religiöse Glaube sich veränderte und das gesellschaftliche Leben der jeweiligen Epoche widerspiegelte.¹ Die historische Bedingtheit der Religion wird auch daran sichtbar, dass mit dem Untergang großer Reiche in der Frühzeit oder im Altertum eben auch deren Religionen untergingen – und nicht umgekehrt:

„Die so bei jedem Volk herausgearbeiteten Götter waren Nationalgötter, deren Reich nicht weiter ging als das von ihnen zu schützende nationale Gebiet, jenseits dessen Grenzen andre Götter unbestritten das große Wort führten. Sie konnten nur in der Vorstellung fortleben, solange die Nation bestand; sie fielen mit deren Untergang.“

(Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, 1888, Werke Band 21, S. 303)

Standen noch beim Urmenschen Ohnmacht, Hilflosigkeit und Unwissenheit im Kampf gegen die Naturkräfte im Vordergrund, so ändert sich dies mit der Entstehung der Klassengesellschaft. Nun wurden mehr und mehr Angst vor den scheinbar blind wirkenden und scheinbar undurchschaubaren, sich tagtäglich wiederholenden gesellschaftlichen Vorgängen die soziale Wurzel der Religion.

Kapitalismus bedeutet Not, Elend, Ausbeutung und Unterdrückung für die Masse der Werktätigen. Das kapitalistische Streben nach Maximalprofit bringt imperialistische Kriege, Krisen, Bankrotte und Erwerbslosigkeit hervor, deren Ursachen die Mehrheit der Bevölkerung noch nicht erkennen und durchschauen kann, sondern die über sie scheinbar wie Naturkatastrophen aus „heiterem Himmel“ wie Schicksalsschläge hereinbrechen. Diese Hilflosigkeit und Unwissenheit gegenüber den Kräften der gesellschaftlichen Entwicklung ist eine Quelle des heutigen religiösen Aberglaubens.

Die Religion verströmete die werktätigen Massen auf das Paradies im Jenseits, raubte ihnen damit den Willen zum Kampf und forderte gebieterrisch ein sklavisches Erdulden der herrschenden Zustände:

„Gott ist (historisch wie im Leben) vor allem ein Komplex von Ideen, die von der dumpfen, sowohl durch die äußere Natur als auch durch die Klassenunterdrückung bewirkten Niedergedrücktheit des Menschen erzeugt wurden – von Ideen, die diesen Zustand der Niedergedrücktheit festigen, die den Klassenkampf einschläfern.“

(Lenin, „An A. M. Gorki“, 1913, Werke Band 35, S. 103)

Religion als Opium für das Volk

Als die Klassen der Sklavenhalter und Sklaven entstanden und sich auf dieser Grundlage Sklavenhalterstaaten mit despotischen Herrschern an der Spitze bildeten, änderten sich auch die religiösen Vorstellungen der Menschen. Sie begannen, sich Götter nach dem Vorbild ihrer Herrscher zu schaf-

fen. Die Vielgötterei entwickelte sich zum Monotheismus.² Engels erläuterte in einem Brief an Marx, dass

„der Eine Gott ohne den *Einen* König nie zustande gekommen wäre, die Einheit des die vielen Naturerscheinungen kontrollierenden, die widerstreitenden Naturkräfte zusammenhaltenden Gottes nur das Abbild des Einen (...) ist (...).“

(Engels an Marx in Brüssel, Oktober 1846. In: Marx/Engels Briefwechsel Band 1, S. 55, Werke Band 27, S. 57)

Doch die Menschen lebten nun schon nicht mehr in der klassenlosen Urgesellschaft, vielmehr kam hinzu, dass mit der Teilung der Gesellschaft in Klassen und der Herausbildung der Ausbeuterklassen sich die jeweils herrschende Klasse die Religion auch als Opium für das Volk nutzbar machte. „Opium für das Volk“ oder „geistiger Fusel“ bedeutet, dass die Religion wie Drogen den Massen den Willen und die Kraft zur Auflehnung raubt, Abhängigkeiten und Bindungen zu den Ausbeutern schafft und scheinbar hilft, die schwierige Realität wenn auch nur für kurze Zeit zu vergessen:

„Der Marxismus betrachtet alle heutigen Religionen und Kirchen, alle religiösen Organisationen stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die Ausbeutung verteidigen und die Arbeiterklasse verdummten und umnebeln sollen.“

(Lenin, „Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion“, 1909, Werke Band 15, S. 405)

Dahinter steht, dass religiöser Aberglaube eben nicht nur und nicht vor allem der Irrglaube vereinzelter Menschen ist, sondern ein inzwischen über Jahrhunderte verwurzelter und von den Ausbeuterklassen benutztes und verfeinertes System von Ideologien und Verhaltensmaßregeln – ähnlich wie die übrigen Komponenten des ideologischen Überbaus der Ausbeuterstaaten (Recht, Philosophie, Moral usw.).³ Die Hartnäckigkeit religiöser Vorurteile ergibt sich gerade daraus, dass die scheinbare Ohnmacht der breiten Masse der Werktätigen gegen Ausbeutung und Unterdrückung unvermeidlich religiöses Denken hervorbringt, dass Ausbeutung und Unterdrückung die materiellen Quellen sind, aus der sich die Religion speist, wie Lenin erklärte:

„Die Religion ist eine von verschiedenen Arten geistigen Joches, das überall und allenthalben auf den durch ewige Arbeit für andere, durch Not und Vereinsamung niedergedrückten Volksmassen lastet.“

(Lenin, „Sozialismus und Religion“, 1905, Werke Band 10, S. 70)

Den Ausbeuterklassen bot sich der religiöse Aberglaube als Maskerade ihrer Ausbeuterinteressen vor allem aus drei Gründen an:

- Da sie in jeder Ausbeutergesellschaft stets eine Minderheit darstellen, können die Ausbeuter ihre Herrschaft nicht allein auf offene Gewalt und Unterdrückung gründen. Aus diesem Grund sind sie bemüht, ihre Macht durch ein ganzes Geflecht von Theorien ideologisch zu rechtfertigen. Als eine sehr geeignete ideologische Waffe der Ausbeuter erwies sich die Religion:

„Ausnahmslos alle unterdrückenden Klassen bedürfen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zweier sozialer Funktionen: der Funktion des Henkers und der Funktion des Pfaffen. Der Henker soll den Protest und die Empörung der Unterdrückten niederhalten. Der Pfaffe soll die Unterdrückten trösten, ihnen die Perspektiven einer Milderung der Leiden und Opfer bei Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft ausmalen (das läßt sich besonders bequem tun, wenn man für die ‚Realisierbarkeit‘ solcher Perspektiven keine Gewähr leistet ...) und sie eben dadurch mit dieser Herrschaft aussöhnen, sie revolutionärer Taten entwöhnen, ihren re-

Quellen des christlichen Judenhasses

Eine wesentliche Quelle für den christlichen Antisemitismus ist das sog. christliche „Neue Testament“. Insbesondere das Johannes-Evangelium ist gespickt mit antisemitischen Hetztiraden gegen Juden. Es heißt darin zum Beispiel über die Juden:

„Ihr habt den Teufel zum Vater und wollt das tun, wonach es euren Vater verlangt. Er war ein Mörder von Anfang an. Und er steht nicht in der Wahrheit; denn es ist keine Wahrheit in ihm.“ (Johannes 8, 44)

Doch auch die übrigen Evangelien und Briefe im „Neuen Testament“ schürten Judenhass. So heißt es in den Briefen an die Thessaloniker:

„Diese (die Juden, A.d.V.) haben sogar Jesus, den Herrn, und die Propheten getötet; auch uns haben sie verfolgt. Sie mißfallen Gott und sind Feinde aller Menschen; sie hindern uns daran, den Heiden das Evangelium zu verkünden und ihnen so das Heil zu bringen. Dadurch machen sie unablässig das Maß ihrer Sünden voll.“ (1. Thessaloniker, 2, 15)

In den Römer-Briefen wird gegen die Juden gehetzt:

„Es gibt keinen, der gerecht ist, / auch nicht einen; es gibt keinen Verständigen, / keinen, der Gott sucht. Alle sind abtrünnig geworden, / alle miteinander taugen nichts. / Keiner tut Gutes, / auch nicht ein einziger. Ihre Kehle ist ein offenes Grab, / mit ihrer Zunge betrügen sie; / Schlangengift ist auf ihren Lippen. Ihr Mund ist voll Fluch und Gehässigkeit.“ (Römer 3, 9-14)

Der christliche Judenhass lässt sich dabei nicht auf einzelne Passagen des „Neuen Testaments“ reduzieren. Die gesamte christliche Sage ist darauf aufgebaut, dass das Verhalten von Jesus und seinen Anhängern besser war als das seiner Widersacher, der „Heuchler aus den Synagogen“, die sich auf das von den Christen so genannte „Alte Testament“ beriefen.

„Im Namen Gottes“ erließen 114 Päpste auf 96 Kirchenkonzilien Gesetze gegen die Juden und schürten Judenhass. Die protestantische Kirche stand ihr dabei um nichts nach. Genannt seien nur Luthers antisemitische Reden und Pamphlete. In seiner Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ von 1543 erklärt er:

„Darum wisse Du, lieber Christ, und zweifle nicht daran, daß du nächst dem Teufel kei-

nen bittereren, giftigeren, heftigeren Feind habest als einen rechten Juden, der mit Ernst Jude sein will.“¹

Den Juden gegenüber forderte er Pogrome, Zerstörung und Vertreibung:

„1. Man soll ihre Synagogen mit Feuer anstecken, Schwefel und Pech dazu werfen, und was nicht brennen will, mit Erde überschütten, damit kein Stein mehr zu sehen sei ewiglich.

2. Man soll ihre Häuser zerstören, sie in einem Stall wie Zigeuner zusammentreiben, damit sie einsähen, sie seien nicht die Herren im Lande, sondern Gefangene im Exil.

3. Man soll ihnen ihre Gebetbücher, den Talmud und die Bibel wegnehmen, damit sie nicht mehr Gott und Christus zu verfluchen die Macht hätten.

4. Man soll ihren Rabbinern bei Todesstrafe verbieten, Unterricht zu erteilen, Gott öffentlich zu loben und zu ihm zu beten, damit sie keine Gotteslästerei mehr betreiben könnten.

5. Man soll ihnen das Geleit und das Recht, die Straßen des Reichs zu befahren, aufkündigen.

6. Man soll ihnen den Wucher untersagen, ihnen ihr Geld und ihre Kleinodien, ihr Gold und Silber abnehmen, da alles, was sie besitzen, durch Wucher geraubt und gestohlen ist.

7. Man soll den jungen starken Juden und Jüdinnen Flegel, Axt, Spaten, Rocken und Spindel geben, damit sie im Schweiß ihres Angesichts ihr Brot verdienen, obwohl es für das Wohl der Untertanen das Beste sei, sie wie in Spanien, Frankreich, Böhmen und den Reichsstädten aus dem Lande zu jagen.“²

Quellen

¹ Poliakov, Leon, „Geschichte des Antisemitismus“, II. Das Zeitalter der Verteufelung und der Ghettos, Frankfurt 1989, S. 120; ² Luther, Martin „Von den Juden und ihren Lügen“, 1534. Zitiert in H.A. Strauss, N. Kampe (Hrsg.), Antisemitismus - Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1985, S. 59/60.

volutionären Geist untergraben, ihre revolutionäre Entschlossenheit zerstören.“

(Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, 1915, Werke Band 21, S. 226)

Als Ideologie des Erduldens der Unterdrückung war die Religion gerade prädestiniert für die Nutzung durch die Ausbeuter, die rasch das reaktionäre Potenzial der Religion erkannten. Sie erklärten eine bestimmte Religion zur Staatsreligion, integrierten deren religiösen Institutionen in ihren Staatsapparat und machten die Religion zu einer ideologischen Waffe, um ihre Macht zu festigen und die herrschenden Verhältnisse zu rechtfertigen.

- Neben der geforderten Erduldung der Ausbeuterverhältnisse bietet sich die Religion jedoch gleichzeitig als Mittel zur Anbindung der unterdrückten Massen an ihre Ausbeuter an, zur Klassenversöhnung, ja zur Aufhetzung pogromartiger Massenbewegungen gegen andere Völker, indem religiöse Fragen in den Vordergrund geschoben und religiöser Hader entfacht wird, um so die Aufmerksamkeit der Massen von den grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen abzulenken und die Massen unter religiösen Lösungen an sich zu binden.

- Schließlich setzen die Ausbeuter beim Kampf gegen fortschrittliche Bewegungen auf die Religion, von der Hetze gegen die bürgerliche Französische Revolution 1789 bis heute. Die sozialistische Oktoberrevolution in Russland 1917 traf auf wütenden Widerstand aller Religionen – christliche, islamische, jüdische Religion, Lamaismus, Schamanismus und Sekten aller Art. Das Haupt der orthodoxen Kir-

che Russlands, Tychon, belegte die Sowjetmacht 1918 beispielsweise mit einem „Kirchenfluch“, Geistliche organisierten konterrevolutionäre Demonstrationen unter der Maske religiöser Umzüge und Prozessionen, unterstützten und verbargen Weißgardisten, versteckten in ihren Kirchen Waffenvorräte usw.

☆☆☆

Die besondere Problematik im Kampf gegen die Religion liegt darin, dass bis heute durch die lange religiöse Tradition stets zwei Faktoren wirkten und wirken: Die historische Entstehung der Religion sowohl als „Eigenprodukt“ der unwissenden und unterdrückten Volksmassen als auch als direktes Produkt der Unterdrückungspolitik der herrschenden Klassen, die zudem die reaktionär nutzbaren Züge der Religion bewusst instrumentalisieren. Gewiss überwiegt das Gewicht der bewusst von den herrschenden Klassen genutzten Aspekte der Religion, aber im einzelnen ist nicht genau zu unterscheiden, wie verwoben und verwickelt diese Aspekte mit den ursprünglich historisch bedingten Aspekten der Religion wurden.

Daher die besondere Schwierigkeit im Kampf gegen die Religion bis heute, die Notwendigkeit von Klarheit und Feingefühl. Die nachfolgenden, unserer Meinung nach grundlegenden Gemeinsamkeiten, reaktionären Gemeinsamkeiten aller großen Religionen spiegeln diesen Doppelcharakter der Religion in verschiedenen Zeitabschnitten auch

unterschiedlich wider. Zudem ist es klar, dass im Detail jede Religion auch Besonderheiten hat, die im konkreten antireligiösen Kampf bewusst sein müssen.⁴

Grundlegende reaktionäre Gemeinsamkeiten der Weltreligionen

Die religiösen Dogmen aller Weltreligionen sind gekennzeichnet von **Ohnmacht und Hilflosigkeit ihrer Anhänger**. Entstanden unter den Bedingungen der Urgemeinschaft, war die Religion eine Widerspiegelung der Hilflosigkeit im Kampf der Urmenschen gegen die Kräfte der Natur.

Alle Religionen lehren **Demut, Unterwürfigkeit und Gehorsam** gegenüber der eigenen Kirchenhierarchie und der eigenen „gottgewollten“ Gesellschaftsordnung. Gegenüber der „Obrigkeit“, der „staatlichen Gewalt“ so heißt es, müsse man sich fügen.

Diese Unterwürfigkeit geht hin bis zur Schicksalsergebenheit und zum Fatalismus. Im Weltbild religiöser Menschen hängt ihr Schicksal von Gott, von der göttlichen Vorherbestimmung ab. Im Hinduismus und Buddhismus ist das Schicksal beispielsweise kraft der „Wiedergeburt“ jedes Menschen durch sein „früheres Leben“ vorherbestimmt. Gegenüber der „staatlichen Gewalt“, so heißt es im christlichen „Neuen Testament“, müsse man sich fügen:

„Jeder leistet den Trägern der staatlichen Gewalt den schuldigen Gehorsam. Denn es gibt keine staatliche Gewalt, die nicht von Gott stammt; jede ist von Gott eingesetzt. Wer sich daher der staatlichen Gewalt widersetzt, stellt sich gegen die Ordnung Gottes, und wer sich ihm entge-

genstellt, wird dem Gericht verfallen.“ (Römer 13, 1 und 2)⁵

Verschiedene Richtungen des Christentums verstärkten das Dogma von der göttlichen Vorherbestimmung, so etwa die protestantischen Calvinisten. Im Mittelpunkt auch des Islam, schrieb Marx (Werke Band 9, S. 420), steht der Fatalismus. Gefordert wird auch im Koran Gehorsam und Unterwerfung:

„O ihr, die ihr glaubt! Gehorcht Allah und gehorcht dem Gesandten und denen, die Befehl unter euch haben.“ (Koran 4, 59)⁶

Gegenüber „Andersgläubigen“ ist es jedoch mit Respekt und Demut nicht weit her. Vielmehr bieten die Religionen ein häufig angewendetes Mittel zur Spaltung der Werktätigen durch Schüren von **Misstrauen, Haß und Überheblichkeit** gegen „Andersgläubige“ und generell ein großes Potenzial zur **Mobilisierung der Massen für reaktionäre Ziele**. So heisst es etwa im christlichen „Neuen Testament“:

„Doch meine Feinde, die nicht wollten, daß ich ihr König werde – bringt sie her und macht sie vor meinen Augen nieder.“ (Lukas 19, 27)

Die **Vertröstung auf ein Paradies** – im Jenseits oder durch Wiedergeburt – ist ein weiterer zentraler Begriff aller Religionen:

„Denjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn. Diejenigen aber, die von fremder Arbeit leben, lehrt die Religion Wohltätigkeit hienieden, womit sie ihnen eine recht billige Rechtfertigung ihres ganzen Ausbeuterdaseins anbietet und Eintrittskarten für

die himmlische Seligkeit zu erschwinglichen Preisen verkauft.“

(Lenin, „Sozialismus und Religion“, 1905, Werke Band 10, S. 70 f.)

Kehrseite der Medaille der Belohnung durch ein Leben im Paradies bei gefügigem Verhalten sind Sanktionsmaßnahmen und Strafen für den Fall, dass die zahlreichen religiösen Normen und Tabus gebrochen werden.

Materielle Güter, so heißt es, seien für das Glück der Menschen nicht wichtig, mehr noch, die Menschen seien zu „materialistisch“, der „schnöde Mammon“ regiere die Welt. Die Ausgebeuteten beruhigt die Religion mit der Behauptung, dass ein besseres Leben erst im erfundenen „Himmelreich“ nach dem Tod möglich sei und dafür das irdische Leben ertragen und dem irdischen materiellen Glück „entsagt“ werden müsse. Die ideologische Basis bildet dabei die Zweiteilung und Gegenüberstellung von einer materiellen Welt und einem immateriellen Geist, von Menschlichem und Göttlichem, Körperlichem und Geistigem, wobei das Körperliche die Quelle für „Sünde“ und das Geistige der vergebliche Versuch sei, die „sündigen“ Bedürfnisse des Menschen zu überwinden. Die Geringschätzung des jetzigen Lebens ist dabei die ideologische Voraussetzung für die Unterdrückung der geistigen und materiellen Lebensbedürfnisse, was auch zu einer ausgesprochenen Sexualfeindlichkeit der Religionen führt. Die religiöse Forderung nach asketischer Enthaltsamkeit, nach dem „alten Entsagungslid“, wie Heinrich Heine formulierte, geht dabei seit jeher einher mit der Doppelmoral und Heuchelei der Kirchenhierarchie: „Ich weiß, sie tranken heimlich Wein und predigten öffentlich Wasser.“ (H. Heine).

Die **Frauenfeindlichkeit** ist eine weitere Gemeinsamkeit der Weltreligionen. Sie behaupten, dass die Frau schon bei ihrer Entstehung ein zweitrangiges Wesen gewesen sei, das nach dem Mann geschaffen und ihm untergeordnet sei. Der Mythos von der „Vertreibung aus dem Paradies“ beispielsweise macht die Frau verantwortlich für den „Sündenfall“:

„Eine Frau soll sich still und in aller Unterordnung belehren lassen. Daß eine Frau lehrt, erlaube ich nicht, auch nicht, daß sie über ihren Mann herrscht; sie soll sich still verhalten. Denn zuerst wurde Adam erschaffen, danach Eva. Und nicht Adam wurde verführt, sondern die Frau ließ sich verführen und übertrat das Gebot.“ (1. Timotheus 2, 11-14)

Bei der christlichen Trauung hieß es jahrhundertlang, „Und das Weib sei dem Manne untertan“ und in diesem Sinne heißt es in der Sage des „Neuen Testaments“:

„Ihr sollt aber wissen, daß Christus das Haupt des Mannes ist, der Mann das Haupt der Frau und Gott das Haupt Christi (...) Denn der Mann stammt nicht von der Frau, sondern die Frau vom Mann. Der Mann wurde auch nicht für die Frau geschaffen, sondern die Frau für den Mann.“ (1. Korinther 11, 3, 8-9)

Auch im Islam ist die Frau für den Mann geschaffen:

„Eure Frauen sind Euch ein Saatfeld: Geht zu eurem Feld, wie Ihr wollt, aber tut zuvor etwas für Eure Seelen.“ (Koran 2, 223)

Die Religion fordert von ihren Anhängern nicht kritisches Denken, sondern **blindes Vertrauen**. Religiöse Menschen, sofern sie religiös denken, suchen keinen realen Zusammenhang zwischen den Erscheinungen, keine materiellen Ursachen, sondern erklären alles durch „göttliche Fügung“. In ihrem Bewusstsein geht der natürliche Zusammenhang zwischen den Erscheinungen verloren. Nicht Tatsachen, sondern **Glaubensdogmen** sind für sie

Marx und Engels über das Urchristentum und die sogenannten sozialen Prinzipien des Christentums

Als das Christentum im 1. Jahrhundert nach unserer Zeitrechnung unter den unterdrückten und besitzlosen Massen der Bevölkerung des Römischen Reiches, den verarmten Stadtbewohnern und Bauern, den Unfreien und Sklaven entstand, war es eine Sektenlehre des Judentums, die staatlich verfolgt nur als Geheimbund existieren konnte, der allmählich zu einer Massenbewegung heranwuchs. Als Vertreter der nichtbesitzenden Klassen verurteilten seine Anhänger die Ungleichheit zwischen Arm und Reich, was sich zunächst auch in einigen Sagen niederschlug, jedoch nach und nach „herausoperiert“ wurde. Tatsächlich gab es für die Anhänger des Christentums keinen realen Weg der Befreiung. Als Verfechter der „Gleichheit“ kannten sie nur eine negative Gleichheit,

„eine Gleichheit aller Menschen, die der gleichen Erbsündhaftigkeit, die ganz seinem Charakter als Religion der Sklaven und Unterdrückten entsprach.“ (Engels, „Anti-Dühring“, 1894, Werke Band 20, S. 96)

Vor dieser erstrebenswerten negativen Gleichheit traten alle anderen Forderungen nach der herrschenden Gesellschaftsordnung, die Sklavenhalterordnung, in den Hintergrund, ja wurde paradoxerweise sogar gerechtfertigt. So heißt es beispielsweise bei Lukas:

„Wenn einer von euch einen Sklaven hat, der pflügt oder das Vieh hütet, wird er etwa zu ihm, wenn er vom Feld kommt, sagen: Nimm gleich Platz zum Essen? Wird er nicht vielmehr zu ihm sagen: Mach mir etwas zu essen, gürt dich und bediene mich; wenn ich gegessen und getrunken habe, kannst auch du essen und trinken. Bedankt er sich etwa bei dem Sklaven, weil er getan hat, was ihm befohlen wurde? So soll es auch bei euch sein: Wenn ihr alles getan habt, was euch befohlen wurde, sollt ihr sagen: Wir sind unnütze Sklaven wir haben nur unsere Schuldigkeit getan.“ (Lukas 17, 7-10)

Nach 300 jähriger Verfolgung der Christen gingen im 4. Jahrhundert der römische Kaiser Konstantin und große Teile der Sklavenhalterklasse zum Christentum über. Das Christentum wurde zur Staatsreligion:

„Es gilt eben die Frage zu lösen, wie es kam, daß die Volksmassen des römischen Reiches diesen noch

dazu von Sklaven und Unterdrückten gepredigten Unsinn allen anderen Religionen vorzogen, so daß endlich der ehrgeizige Konstantin in der Annahme dieser Unsinnreligion das beste Mittel sah, sich zum Alleinherrscher der römischen Welt emporzuschwingen.“

(Engels, „Bruno Bauer und das Urchristentum“, 1882, Werke Band 19, S. 298)

Die nun einsetzende „Christianisierung“ verschärfte die Unterdrückung von „Heiden“ und „Ketzer“, insbesondere von Juden, den stärksten Konkurrenten der Christen. Die sogenannten „sozialen Prinzipien“ des zur Staatsreligion gewordenen Christentums waren dabei ein entscheidender Hebel zur Sicherung der Ausbeuterordnung:

„Die sozialen Prinzipien des Christentums haben die antike Sklaverei gerechtfertigt, die mittelalterliche Leibeigenschaft verherrlicht und verstehen sich ebenfalls im Notfall dazu, die Unterdrückung des Proletariats, wenn auch mit etwas jämmerlicher Miene, zu verteidigen.“

Die sozialen Prinzipien des Christentums predigen die Notwendigkeit einer herrschenden und einer unterdrückten Klasse und haben für die letztere nur den frommen Wunsch, die erstere möge wohltätig sein. (...)

Die sozialen Prinzipien des Christentums erklären alle Niederträchtigkeiten der Unterdrückten gegen die Unterdrückten entweder für gerechte Strafe der Erbsünde und sonstigen Sünden oder für Prüfungen, die der Herr über die Erlösten nach seiner unendlichen Weisheit verhängt.

Die sozialen Prinzipien des Christentums predigen die Feigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Unterwürfigkeit, die Demut, kurz alle Eigenschaften der Kanaille, und das Proletariat, das sich nicht als Kanaille behandeln lassen will, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch viel nötiger als sein Brot.

Die sozialen Prinzipien des Christentums sind duckmäuserig, und das Proletariat ist revolutionär.“ (Marx, „Der Kommunismus des Rheinischen Beobachters“, 1847, Werke Band 4, S. 200)

bestimmend. Mehr noch: Dadurch, dass die Religion ihre Dogmen als unumstößliche Wahrheiten präsentiert und ihre unbedingte Anerkennung fordert, lehrt sie ihre Anhänger, Tatsachen zu ignorieren und erzieht zu sturer Gleichgültigkeit gegenüber den Tatsachen und der Wirklichkeit. So wird im „Neuen Testament“ erklärt:

„Selig sind, die nicht sehen und doch glauben.“ (Johannes 20, 29)

Religiöse Menschen, die an Wunder glauben, wie etwa die christliche Sage von Jesus, der am See Genezareth 5000 Menschen mit nur sieben Fischen und fünf Broten satt gemacht habe, halten Unmögliches für möglich. So **stumpfen die Religionen die Fähigkeit der Menschen zu kritischem Denken ab.** Buchstabengelehrtheit und Auswendiglernen statt Begreifen und Hinterfragen ist ein Wesenszug der Religionen.

II. Erfordernisse und Begrenztheit des Kampfes gegen religiöse Verdummung

Die Religion ist mit der materialistischen Gesellschaftsauffassung, worauf der wissenschaftliche Kommunismus basiert, unvereinbar. Die kommunistischen Kräfte stehen auf dem Standpunkt des Atheismus, sie glauben nicht nur an keinen Gott, sondern führen einen aktiven Kampf gegen die Religion wie gegen alle Formen der Verdummung. Deshalb hat die Religionskritik eine zentrale Bedeutung:

„Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik.“

(Marx, „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ 1843-1844, Werke Band 1, S. 378)

Der Kampf gegen die Religion ist die Voraussetzung jedes kritischen Denkens. Obwohl der Betrug in der Religion und ihren Institutionen zweifellos eine bedeutende Rolle spielt, können religiöse Vorurteile nicht überwunden werden, indem man sie einfach als Unsinn abtut. Dies gilt insbesondere für Staatsreligionen. Damit, so Engels,

„wird man nicht fertig, indem man sie einfach für von Betrügern zusammengestoppelten Unsinn erklärt. Man wird erst fertig mit ihr, sobald man ihren Ursprung und ihre Entwicklung aus den historischen Bedingungen zu erklären versteht, unter denen sie entstanden und zur Herrschaft gekommen ist. Und namentlich beim Christentum.“

(Engels, „Bruno Bauer und das Urchristentum“, 1882, Werke Band 19, S. 297 f.)

Die Religion, die ja nicht nur auf Betrug, sondern auch auf Unwissenheit beruht, hat als materielle Quelle die ausbeuterischen Verhältnisse. Lenin wies die idealistische Vorstellung zurück, dass Unwissenheit die alleinige Wurzel religiöser Vorurteile sei, und erklärte:

„Keine Aufklärungsschrift wird die Religion aus den Massen austreiben, die, niedergedrückt durch die kapitalistische Zwangsarbeit, von den blind waltenden, zerstörerischen Kräften des Kapitalismus abhängig bleiben, solange diese Massen nicht selbst gelernt haben werden, diese Wurzel der Religion, die Herrschaft des Kapitals in all ihren Formen vereint, organisiert, planmäßig, bewußt zu bekämpfen.“

(Lenin, „Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion“, 1909, Werke Band 15, S. 408)

Im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung vor der Revolution lässt sich die Religion nicht vollständig „besiegen“. Der religiöse Aberglaube kann im Rahmen des Kapitalismus bekämpft, aber nicht überwunden werden. Vielmehr werden erst nach der siegreichen Revolution, vor allem im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in der ganzen Welt, die ausbeuterischen Verhältnisse beseitigt und so der Boden für religiöse

Das Dekret der Sowjetregierung über die Trennung von Kirche und Staat vom 23. Januar 1918

1. Die Kirche wird vom Staat getrennt.

2. Auf dem Gebiete der Republik ist es verboten, irgendwelche Gesetze oder Verordnungen zu erlassen, die die Gewissensfreiheit beeinträchtigen oder einschränken oder die Vorteile oder Vorrechte irgendwelcher Art nach Maßgabe des Bekenntnisses der Bürger zu einer bestimmten Konfession zu begründen.

3. Jeder Bürger kann sich zu jeder beliebigen Religion oder zu überhaupt keiner bekennen. Jede Minderheit im Recht, die im Zusammenhang steht mit dem Bekenntnis irgendeines Glaubens oder mit der Ablehnung eines solchen Bekenntnisses, wird aufgehoben.

Anmerkung: Aus allen offiziellen Urkunden sind alle Angaben über die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit der Bürger zu einer Religionsgemeinschaft zu entfernen.

4. Die Tätigkeit der staatlichen und anderer öffentlich-rechtlichen gesellschaftlichen Institutionen darf mit keinerlei religiösen Riten und Zeremonien begleitet werden.

5. Die freie Ausübung religiöser Kulthandlungen wird insoweit gewährleistet, als sie nicht die öffentliche Ordnung stören und nicht von Eingriffen in die Rechte der Bürger der Sowjetrepublik begleitet sind. (...)

6. Niemand kann sich unter Berufung auf seine religiösen Anschauungen der Erfüllung seiner Bürgerpflichten entziehen. Ausnahmen von diesem Rechtssatz sind nur auf Grund einer Entscheidung eines Volksgerichts in jedem Einzelfall zulässig, sofern an die Stelle der Erfüllung der einen Bürgerpflicht die einer andern tritt.

7. Der religiöse Eid oder Schwur wird abgeschafft

(...)

8. Standesamtliche Beurkundungen werden ausschließlich durch die Zivilbehörden vorgenommen (...)

9. Die Schule wird von der Kirche getrennt. In allen staatlichen und öffentlichen sowie in den privaten Lehranstalten, in denen allgemeinbildender Unterricht erteilt wird, ist Religionsunterricht unzulässig. Die Bürger können privat Religionsunterricht erteilen und nehmen.

10. Alle kirchlichen und religiösen Gemeinschaften unterliegen den allgemeinen Bestimmungen über private Gesellschaften und Vereinigungen und genießen keinerlei Privilegien und Subsidien vom Staat oder von seinen örtlichen autonomen Institutionen und den Selbstverwaltungsorganen.

11. Die zwangsweise Eintreibung von Gebühren und Steuern zugunsten kirchlicher und religiöser Gemeinschaften sowie Zwangs- und Strafmaßnahmen dieser Gemeinschaften gegen ihre Mitglieder sind unzulässig.

12. Keine kirchliche oder religiöse Gemeinschaft hat das Recht, Eigentum zu besitzen. Sie haben nicht die Rechte einer juristischen Person.

13. Das gesamte Vermögen der in Rußland bestehenden kirchlichen und religiösen Gemeinschaften wird zum Eigentum des Volkes erklärt. Die Gebäude und Gegenstände, die insonderheit für gottesdienstliche Zwecke bestimmt sind, werden auf Grund einer besonderen Verfügung der örtlichen oder zentralen Staatsbehörde den entsprechenden Religionsgemeinschaften unentgeltlich zur Nutzung überlassen.“

(Zitiert nach: Fjodorow, W., „Die Religionen in der UdSSR“, Berlin 1947, S. 11 f.)

Ideologie nach und nach „ausgetrocknet“. Dann erst wird die Entfaltung antireligiöser Argumentationen umfassende Erfolge erringen und die Religion wird absterben:

„Der religiöse Widerschein der wirklichen Welt kann überhaupt nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Werkeltagslebens den Menschen tagtäglich durchsichtig vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen. Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d. h. des materiellen Produktionsprozesses, streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewusster planmäßiger Kontrolle steht.“

(Marx, „Das Kapital. Erster Band“, 1867, Werke Band 23, S. 94)

Erst dann, erläutert Engels in diesem Zusammenhang, wird Religion „ihres natürlichen Todes“ sterben:

„Es heißt noch immer: der Mensch denkt und Gott (das heißt die Fremdherrschaft der kapitalistischen Produktionsweise) lenkt. Die bloße Erkenntnis, und ginge sie weiter und tiefer als die der bürgerlichen Ökonomie, genügt nicht, um gesellschaftliche Mächte der Herrschaft der Gesellschaft zu unterwerfen. Dazu gehört vor allem eine gesellschaftliche Tat. Und wenn diese Tat vollzogen, wenn die Gesellschaft durch Besitzergreifung und planvolle Handhabung der gesamten Produktionsmittel sich selbst und alle ihre Mitglieder aus der Knechtung befreit hat, in der sie gegenwärtig gehalten werden durch diese von ihnen selbst produzierten, aber ihnen als übergewaltige fremde Macht gegenüberstehenden Produktionsmittel, wenn der Mensch also nicht mehr bloß denkt, sondern auch lenkt, dann erst verschwindet die letzte

fremde Macht, die sich jetzt noch in der Religion widerspiegelt, und damit verschwindet auch die religiöse Widerspiegelung selbst, aus dem einfachen Grunde, weil es dann nichts mehr widerzuspiegeln gibt.“

(Engels, „Anti-Dühring“, 1894, Werke Band 20, S. 295)

Marx' Kritik am Gothaer Programm gibt einen weiteren zentralen Hinweis für die Haltung der Kommunisten zur Religion: Er kritisierte, dass der Programmentwurf sich mit der bürgerlich-demokratischen Forderung nach „Gewissensfreiheit“ begnügte und nicht gleichzeitig die Notwendigkeit antireligiöser Propaganda und den Kampf gegen religiöse Verdummung hervorhob. (Siehe: Marx Engels Werke Band 19, S. 31) Die Kommunistische Partei, erklärte Stalin am Beispiel der Bolschewiki in Rußland 1913,

„wird stets gegen die Verfolgung des Katholizismus und des Protestantismus protestieren, sie wird stets für das Recht der Nationen eintreten, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen, aber gleichzeitig wird sie, von den wohlverstandenen Interessen des Proletariats ausgehend, sowohl gegen den Katholizismus und den Protestantismus als auch gegen die griechische Orthodoxie agitieren, um der sozialistischen Weltanschauung zum Triumph zu verhelfen.“

(Stalin, „Marxismus und nationale Frage“, 1913, Werke Band 2, S. 323)

Im Programm der KPR(B) formulierten die Bolschewiki 1919 ihre Position detailliert:

„In bezug auf die Religion gibt sich die KPR nicht zufrieden mit der bereits dekretierten Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche, d. h. mit Maßregeln, die die bürgerliche Demokratie in ihren Programmen

Fortsetzung auf S. 7

Lenin

„Sozialismus und Religion“

Die moderne Gesellschaft ist ganz auf der Ausbeutung der ungeheuren Massen der Arbeiterklasse durch eine verschwindend kleine, zu den Klassen der Grundeigentümer und Kapitalisten gehörende Minderheit der Bevölkerung aufgebaut. Das ist eine Sklavenhaltergesellschaft, denn die „freien“ Arbeiter, die ihr Leben lang für das Kapital arbeiten, „haben Anrecht“ nur auf solche Existenzmittel, die zum Lebensunterhalt der Profit erzeugenden Sklaven und zur Sicherung und Verewigung der kapitalistischen Sklaverei notwendig sind.

Die ökonomische Unterdrückung der Arbeiter verursacht und erzeugt unvermeidlich alle möglichen Arten der politischen Unterdrückung und sozialen Erniedrigung, der Verrohung und Verkümmern des geistigen und sittlichen Lebens der Massen. Die Arbeiter können sich mehr oder weniger politische Freiheit für den Kampf um ihre ökonomische Befreiung erringen, aber keinerlei Freiheit wird sie von Elend, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung erlösen, solange die Macht des Kapitals nicht gestürzt ist. **Die Religion ist eine von verschiedenen Arten geistigen Joches, das überall und allenthalben auf den durch ewige Arbeit für andere, durch Not und Vereinsamung niedergedrückten Volksmassen lastet.** Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits, wie die Ohnmacht des Wilden im Kampf mit der Natur den Glauben an Götter, Teufel, Wunder usw. erzeugt. Denjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not, leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn. Diejenigen aber, die von fremder Arbeit leben, lehrt die Religion Wohltätigkeit hienieden, womit sie ihnen eine recht bil-

rik der Großindustrie erzogen und durch das städtische Leben aufgeklärt, wirft der moderne klassenbewußte Arbeiter die religiösen Vorurteile mit Verachtung von sich, überläßt den Himmel den Pfaffen und bürgerlichen Frömmern und erkämpft sich ein besseres Leben hier auf Erden. Das moderne Proletariat bekennt sich zum Sozialismus, der die Wissenschaft in den Dienst des Kampfes gegen den religiösen Nebel stellt und die Arbeiter vom Glauben an ein jenseitiges Leben dadurch befreit, daß er sie zum diesseitigen Kampf für ein besseres irdisches Leben zusammenschließt.

Erklärung der Religion zur Privatsache – mit diesen Worten wird gewöhnlich die Stellung der Sozialisten zur Religion ausgedrückt. Doch die Bedeutung dieser Worte muß man genau definieren, damit sie keine Mißverständnisse hervorrufen können. **Wir fordern, daß die Religion dem Staat gegenüber Privatsache sei, können sie aber keinesfalls unserer eigenen Partei gegenüber als Privatsache betrachten.** Den Staat soll die Religion nichts angehen, die Religionsgemeinschaften dürfen mit der Staatsmacht nicht verbunden sein. Jedem muß es vollkommen freistehen, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen oder gar keine Religion anzuerkennen, d. h. Atheist zu sein, was ja auch jeder Sozialist in der Regel ist. Alle rechtlichen Unterschiede zwischen den Staatsbürgern je nach ihrem religiösen Bekenntnis sind absolut unzulässig. Selbst die Erwähnung der Konfession der Staatsbürger in amtlichen Dokumenten muß unbedingt ausgemerzt werden. **Es darf keine Zuwendungen an eine Staatskirche, keine Zuwendungen von Staatsmitteln an kirchliche und religiöse Gemeinschaften geben, die völlig freie, von der Staatsmacht unabhängige Vereinigungen gleichgesinnter Bürger werden müssen.** Nur die restlose Erfüllung dieser Forderungen kann Schluß machen mit jener schmählischen und verfluchten Vergangenheit, da die Kirche in leib eigener Abhängigkeit vom Staat war und die russischen Bürger in leib eigener Abhängigkeit von der Staatskirche waren, da (bis auf den heutigen Tag in unseren Strafbuchgesetzen und Prozessualordnungen erhalten gebliebene) mittelalterliche, inquisitorische Gesetze bestanden und angewandt wurden, die Glauben oder Unglauben verfolgten, das Gewissen der Menschen vergewaltigten, Staatspöbchen und Staatspfründen mit der Verteilung dieses oder jenes Staatskirchenfuzels verknüpften. Vollständige Trennung der Kirche vom Staat – das ist die Forderung, die das sozialistische Proletariat an den heutigen Staat und die heutige Kirche stellt.

Die russische Revolution muß diese Forderung als unerläßlichen Bestandteil der politischen Freiheit verwirklichen. Die russische Revolution findet diesbezüglich besonders günstige Bedingungen vor, denn die widerwärtige Bürokratenwirtschaft des absolutistischen Polizei- und Leibeigenschaftsstaates hat selbst innerhalb der Geistlichkeit Unzufriedenheit,

Gärung und Empörung hervorgerufen. So geduckt und unwissend die russische rechtgläubige Geistlichkeit auch war, sogar sie wurde jetzt von dem Getöse geweckt, mit dem die alte, mittelalterliche Ordnung in Rußland eingestürzt ist. Sogar sie schließt sich der Forderung nach Freiheit an, protestiert gegen die Bürokratenwirtschaft und Beamtenwillkür, gegen die polizeilichen Spitzeldienste, zu denen die „Diener Gottes“ genötigt werden. Wir Sozialisten müssen diese Bewegung unterstützen, indem wir die Forderungen der ehrlichen und aufrichtigen Geistlichen bis zu Ende führen, diese Leute, wenn sie von Freiheit sprechen, beim Wort nehmen, von ihnen fordern, daß sie **jedes Band zwischen Religion und Polizei entschlossen zerreißen.** Entweder ihr seid aufrichtig – dann müßt ihr für die völlige Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche, für die

Wir fordern, daß die Religion dem Staat gegenüber Privatsache sei, können sie aber keinesfalls unserer eigenen Partei gegenüber als Privatsache betrachten.

uneingeschränkte und vorbehaltlose Erklärung der Religion zur Privatsache sein. Oder ihr akzeptiert diese konsequenten Forderungen nach Freiheit nicht – dann seid ihr also immer noch in den Überlieferungen der Inquisition befangen, dann klebt ihr also immer noch an den Staatspöbchen und Staatspfründen, dann glaubt ihr also nicht an die geistige Kraft eurer Waffe und laßt euch nach wie vor von der Staatsmacht bestechen – und dann erklären euch die klassenbewußten Arbeiter ganz Rußlands den schonungslosen Krieg.

Für die Partei des sozialistischen Proletariats ist die Religion keine Privatsache. Unsere Partei ist ein Bund klassenbewußter, fortgeschrittener Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse. Ein solcher Bund kann und darf sich nicht gleichgültig verhalten zu Unaufgeklärtheit, zu Unwissenheit oder zu Dunkelmännertum in Form von religiösem Glauben. **Wir fordern die völlige Trennung der Kirche vom Staat, um gegen den religiösen Nebel mit rein geistigen und nur geistigen Waffen, mit unserer Presse, unserem Wort zu kämpfen.** Aber wir haben unseren Bund, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, unter anderem gerade für einen solchen Kampf gegen jede religiöse Verdummung der Arbeiter gegründet. Für uns ist der ideologische Kampf keine Privatsache, sondern eine Angelegenheit der ganzen Partei, des gesamten Proletariats.

Wenn dem so ist, warum erklären wir in unserem Programm nicht, daß wir Atheisten sind? Warum verwehren wir es Christen und Gottesgläubigen nicht, in unsere Partei einzutreten?

Die Religion ist das Opium des Volks. Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen.

lige Rechtfertigung ihres ganzen Ausbeuter-daseins anbietet und Eintrittskarten für die himmlische Seligkeit zu erschwinglichen Preisen verkauft. **Die Religion ist das Opium des Volks. Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen.**

Doch der Sklave, der sich seiner Sklaverei bewußt geworden ist und sich zum Kampf für seine Befreiung erhoben hat, hört bereits zur Hälfte auf, ein Sklave zu sein. Durch die Fab-

Die Antwort auf diese Frage soll einen sehr wichtigen Unterschied zwischen der bürgerlich-demokratischen und der sozialdemokratischen Fragestellung hinsichtlich der Religion klarmachen.

Propaganda des Atheismus

Unserem ganzen Programm liegt eine wissenschaftliche, und zwar die materialistische Weltanschauung zugrunde. Die Erläuterung unseres Programms schließt daher notwendigerweise auch die Klarlegung der wahren historischen und ökonomischen Quellen des religiösen Nebels ein. **Unsere Propaganda schließt notwendigerweise auch die Propaganda des Atheismus ein;** die Herausgabe entsprechender wissenschaftlicher Literatur, die von der absolutistisch-fronherrschaftlichen Staatsmacht bisher streng verboten und verfolgt worden ist, muß jetzt einen Zweig unserer Parteiarbeit bilden. Wir werden jetzt wahrscheinlich den Rat befolgen müssen, den Engels einmal den deutschen Sozialisten erteilt hat: die Literatur der französischen Aufklärer und Atheisten des 18. Jahrhunderts zu übersetzen und massenhaft zu verbreiten.

Doch wir dürfen uns dabei auf keinen Fall dazu verleiten lassen, die religiöse Frage abstrakt, idealistisch, „von Vernunft wegen“, außerhalb des Klassenkampfes zu stellen, wie das radikale Demokraten aus der Bourgeoisie häufig tun. Es wäre unsinnig, zu glauben, man könne in einer Gesellschaft, die auf schrankenloser Unterdrückung und Verrohung der Arbeitermassen aufgebaut ist, die religiösen Vorurteile auf rein propagandisti-

chem Wege zerstreuen. Es wäre bürgerliche Beschränktheit, zu vergessen, daß der auf der Menschheit lastende Druck der Religion nur Produkt und Spiegelbild des ökonomischen Drucks innerhalb der Gesellschaft ist. **Durch keine Broschüren, durch keine Propaganda kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen eigenen Kampf gegen die finsternen Mächte des Kapitalismus aufgeklärt wird. Die Einheit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel.**

Das ist der Grund, warum wir in unserem Programm von unserem Atheismus nicht sprechen und nicht sprechen dürfen; das ist der Grund, warum wir den Proletariern, die noch diese oder jene Überreste der alten Vorurteile bewahrt haben, die Annäherung an unsere Partei nicht verwehren und nicht verwehren dürfen. Die wissenschaftliche Weltanschauung werden wir immer propagieren und die Inkonsistenz irgendwelcher „Christen“ müssen wir bekämpfen; das bedeutet aber durchaus nicht, daß man die religiöse Frage an die erste Stelle rücken soll, die ihr keineswegs zukommt, daß man eine Zersplitterung der Kräfte des wirklich revolutionären, des ökonomischen und politischen Kampfes um drittrangiger Meinungen oder Hirngespinnste willens zulassen soll, die rasch jede politische Bedeutung verlieren und durch den ganzen Gang der ökonomischen Entwicklung bald in die Rumpelkammer geworfen werden.

Die reaktionäre Bourgeoisie hat überall danach getrachtet und beginnt jetzt auch bei uns danach zu trachten, den religiösen

Hader zu entfachen, um so die Aufmerksamkeit der Massen von den wirklich wichtigen und grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen abzulenken, die das gesamtrossische Proletariat, das sich in seinem revolutionären Kampf zusammenschließt, jetzt praktisch löst. Diese reaktionäre Politik der Zersplitterung der proletarischen Kräfte, die sich heute hauptsächlich in Pogromen der Schwarzhunderter äußert,

Durch keine Broschüren, durch keine Propaganda kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen eigenen Kampf gegen die finsternen Mächte des Kapitalismus aufgeklärt wird

kann morgen sehr wohl auch irgendwelche raffinierteren Formen ersinnen. Wir werden ihr jedenfalls die ruhige, beharrliche und geduldige, von jeder Aufbauschung zweitrangiger Meinungsverschiedenheiten freie Propaganda der proletarischen Solidarität und der wissenschaftlichen Weltanschauung entgegenstellen.

Das revolutionäre Proletariat wird durchsetzen, daß die Religion für den Staat wirklich zur Privatsache wird. Und unter diesem, vom mittelalterlichen Moder gesäuberten politischen Regime wird das Proletariat einen breiten und offenen Kampf führen, um **die ökonomische Sklaverei, diese wahre Quelle der religiösen Verdummung** der Menschheit, zu beseitigen.

(Lenin, „Sozialismus und Religion“, 1905, Werke Band 10, Seite 70-75)

Fortsetzung von S. 5

verkündet, aber infolge der mannigfachen tatsächlichen Verbindungen des Kapitals mit der religiösen Propaganda nirgends in der Welt zu Ende geführt hat.

Die KPR läßt sich von der Überzeugung leiten, daß nur eine planmäßige und bewußte Gestaltung der gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Tätigkeit der Massen das völlige Absterben der religiösen Vorurteile bewirken wird. Die Partei erstrebt die vollständige Zerstörung der Verbindung zwischen den Ausbeuterklassen und der Organisation der religiösen Propaganda, sie fördert die faktische Befreiung der werktätigen Massen von den religiösen Vorurteilen und organisiert die umfassendste wissenschaftlich aufklärende und antireligiöse Propaganda.“

(Programm der KPR(B) von 1919, zitiert nach: Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) 1919 – Programm der Kommunistischen Internationale 1928, Offenbach 2002, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, S. 19)

Diese zwei Aspekte – Kampf gegen religiöse Unterdrückung durch den Staat, Solidarität mit den Unterdrückten einerseits und antireligiöse Aufklärung in angemessener Form andererseits – müssen wohl dosiert und entsprechend der konkreten Situation miteinander verbunden werden. Dabei gilt es – den Rat Lenins verstehend und anwendend –, die antireligiöse Aufklärung unter den unterdrückten Massen der Werktätigen in angemessener Form vor allem gegen ihre Aufspaltung und Aufhetzung gerichtet zu betreiben, den Erfordernissen des aktuellen politischen Kampfes und den allgemeinen Fragen des Klassenkampfes zur Vorbereitung auf die gewaltsame proletarische Revolution ein- und unterzuordnen und stets die beiden Seiten der Re-

ligion – nämlich ihre Funktion als „Opium des Volkes“ und als „Opium für das Volk“ – im Auge zu behalten.

Lenin schildert ein Beispiel inmitten eines Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter, wo es sogar schädlich wäre, antireligiöse Propaganda in den Vordergrund zu stellen:

„Atheistische Propaganda kann unter diesen Umständen ganz überflüssig, ja schädlich sein – nicht vom Standpunkt spießbürgerlicher Erwägungen über die Abschreckung der rückständigen Schichten, über einen Mandatsverlust bei den Wahlen usw., sondern vom Standpunkt des wirklichen Fortschritts des Klassenkampfes (...) Ein Propagandist des Atheismus würde in einem solchen Augenblick und unter solchen Umständen nur dem Pfaffen und dem Pfaffentum **Vorschub** leisten, die nichts sehnlicher wünschen als eine Aufspaltung der Arbeiter nach dem Glauben an Gott anstatt ihrer Scheidung nach der Streikbeteiligung.“

(Lenin, „Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion“, 1909, Werke Band 15, S. 409 f.)

Im Kampf gegen religiöse Vorurteile muss streng wissenschaftlich und vorsichtig vorgegangen werden, ohne Hochmut und ohne Verletzung der Gefühle der Gläubigen,

„da sie lediglich zur Stärkung des religiösen Fanatismus führt.“

(Lenin, „Entwurf des Programms der KPR(B)“, 1919, Werke Band 29, S. 118)

Lenin erläutert dies:

„Im Kampf gegen religiöse Vorurteile muß man außerordentlich vorsichtig vorgehen; gro-

ßen Schaden richtet dabei an, wer in diesem Kampf das religiöse Gefühl verletzt. Der Kampf muß auf dem Wege der Propaganda, der Aufklärung geführt werden. Wenn wir den Kampf mit scharfen Methoden führen, können wir die Massen gegen uns aufbringen; ein solcher Kampf vertieft die Scheidung der Massen nach dem Religionsprinzip, während unsere Stärke doch in der Einigkeit liegt. Die tiefsten Quellen religiöser Vorurteile sind Armut und Unwissenheit; eben diese Übel müssen wir bekämpfen.“

(Lenin, „Rede auf dem I. Gesamtrussischen Arbeiterinnenkongress“, 1918, Werke Band 28, S. 176)

Gestützt auf den wissenschaftlichen Kommunismus lehnen die kommunistischen Kräfte in der ganzen Welt jede Religion und Mystik ab, wissen aber auch von der Untauglichkeit rein administrativer Maßnahmen. Sie kennen die zähleibige Macht der Gewohnheit.

Innerhalb der Arbeiterbewegung bekämpften bereits Marx und Engels die Position der anarchistischen Blanquisten während der Pariser Kommune 1871, die per Dekret jede religiöse Kundgebung und Organisation verbieten wollte.⁷

Die KPD(SU(B) unter Lenin und Stalins Führung entwickelten in diesem Sinne einen Kampf gegen Tendenzen zur Lösung der religiösen Frage auf bürokratischem Weg. 1924 heißt es in den Beschlüssen des XIII. Parteitag der KPD(SU(B):

„Es ist notwendig, entschieden mit allen Versuchen Schluß zu machen, den Kampf gegen die religiösen Vorurteile mit administrativen Maßnahmen zu führen, wie etwa die Schließung von Kirchen, Moscheen, Synagogen, Bethäusern usw. Die antireligiöse Propaganda muß den Charakter der

ausschließlich materialistischen Erklärung der Erscheinungen in der Natur und dem gesellschaftlichen Leben tragen.“

(Zitiert nach: Fjodorow, W., „Die Religionen in der UdSSR“, Berlin 1947, S. 27 f.)

III. Der Kampf gegen religiöse Verdummung und Verhetzung in Deutschland ist vor allem Kampf gegen die christlich-chauvinistische Ideologie

Im wissenschaftlichen und politischen Kampf gegen die Religion und ihre diversen Organisationen müssen die kommunistischen Kräfte heute in Deutschland – bei gleichzeitiger Auswertung des Kampfes gegen die Religion in der Geschichte der Aufklärung und der Arbeiterbewegung aller Länder – programmatische Grundsätze auf die heutige Situation im eigenen Land anwenden. Dabei steht der Kampf gegen die ideologischen und politischen Methoden des deutschen Imperialismus im Vordergrund, provokativ und die Fronten verwirrend die Unterdrückungs- und Spaltungspolitik in der Welt und innerhalb Deutschlands mit religiösen Phrasen zu maskieren.

International wird die religiöse Maskerade zur Aufhetzung und Auspielung der werktätigen Massen forciert. Dies gilt nicht nur für die imperialistischen Großmächte, die in Konkurrenz zu anderen imperialistischen Großmächten scheinbar religiöse Konflikte wie in Indien/Pakistan oder Israel/Palästina anheizen. Vielmehr ist gerade in abhängigen und unterdrückten Ländern die Religionsfrage sehr häufig mit der nationalen Frage verbunden und wird deshalb von den dortigen herrschenden Grundbesitzer- und Kompradorenregimes und ihren imperialistischen Oberherren zur Ablenkung der unterdrückten Massen mobilisiert.

In Rivalität vor allem zum US-Imperialismus forciert der sich auf dem Vormarsch befindliche deutsche Imperialismus international momentan den Schulterschluss mit reaktionären, sich „islamistisch“ gebenden Kräften. Zugleich berichten die Medien des deutschen Imperialismus zur Zeit von jeder Aktion ehemaliger Hussein-Anhänger im Irak auf US-Einrichtungen und US-Soldaten und profilieren sich bei den Völkern im Nahen Osten mit vorwiegend islamischem Glauben als „bessere Alternative“.

Wie sehr die christlich-deutsch-chauvinistische Ideologie den Alltag in Deutschland bestimmt, ist schnell ersichtlich, wenn wir uns vor Augen halten, dass beispielsweise die Zeitrechnung mit dem angeblichen Geburtstag von Jesus beginnt, „neutestamentarische“ Redewendungen wie „ein Kreuz auf sich nehmen“ zum allgemeinen Sprachgebrauch gehören; Kreuze und Marienbilder in Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern hängen, ganz zu schweigen vom sonntäglichen „Ruhetag“ und den christlichen Feiertagen bis hin zu den Bundeswehr-Kasernen mit ihren Militärpfarrern, die direkt „vor Ort“ die Kriegseinsätze des deutschen Imperialismus rechtfertigen und die „Moral“ der Bundeswehrsoldaten aufrechterhalten.

Wer diesen „deutschen Zuständen“ wirklich den Krieg erklären will, wer wirklich verstehen möchte, was das Spezifische der christlich-deutschen Ideologie ist, wie tief sie verankert ist und woher sie ihr jederzeit abrufbares Potenzial bezieht, kommt um eine Betrachtung der deutschen Geschichte nicht herum.

Das ist auch wichtig, um zu verstehen, dass es der herrschenden Klasse in der Geschichte gerade Deutschlands vor allem gelungen ist, ihre Politik der nationalen Unterdrückung und der Unterdrückung

Die sogenannten „Kreuzzüge“: Raub, Plünderung und Massenmord durch Christen

Anhand der ersten drei Kreuzzüge soll im folgenden beispielhaft gezeigt werden, welche ungeheuren Verbrechen die christlichen Kreuzfahrer begangen haben. 1096 rief der deutsche Mönch Rudolf dazu auf:

„...Rächet zuerst den Gekreuzigten an seinen Feinden, die unter uns leben, und brecht erst dann auf, um gegen die Türken zu kämpfen!“

Schon zu Beginn fielen die christlichen Horden im Rheinland über die jüdische Bevölkerung her. 10.000 Juden und Jüdinnen wurden bestialisch ermordet, auch Greise, Kinder und Kranke wurden nicht verschont.

Vom 9. 9. 1096 bis zum 16. 9. 1096 erschlugen französische Kreuzritter bei der Belagerung der türkischen Residenzstadt Nikaia abermals Tausende. Kleine Kinder wurden in Stücke gehauen oder lebendig ins Feuer geworfen. Um den 26. 9. 1096 führten deutsche Kreuzritter bei der Eroberung der Festung Xerigordon ähnliche Verbrechen durch.

Bei der Eroberung der Stadt Nikaia im Mai 1097 griffen die Kreuzfahrer zu folgender Variante der psychologischen Kriegführung, die ein Chronist schilderte:

„Sie warfen die Köpfe der Erschlagenen mit Schleudern in die Stadt, um Schrecken unter der türkischen Garnison zu verbreiten.“

Am 3. 6. 1098 eroberten die Kreuzfahrer Antiochia. Dabei wurden zwischen 10.000 und 60.000 Türkinnen und Türken erschlagen. In der Chronik des Raimund von Aguilers, Zerkaplan des Grafen von Toulouse, heißt es:

„Wir werden nicht über das Ausmaß der Beute berichten. Aber was du dir auch vorstellst, du mußt etwas dazurechnen. Wir können die Zahl der abgeschlachteten Türken und Sarazenen nicht schätzen, und es wäre quälend, über die neuen und vielfältigen Todesarten zu berichten.“

Am 28. 6. 1098 ermordete man wieder 100.000 Türkinnen und Türken. Am 11. 12. 1098 wurden bei der Eroberung der Stadt Marra (Maraat an-numan) wieder Tausende ermordet.

Am 15. Juli 1099 wurde schließlich Jerusalem stürmt. Bei der sich anschließenden Schächtereien wurden mehr als 60.000 Menschen, praktisch alle Bewohnerinnen und Bewohner, ermordet. Die Soldaten metzelten alles nieder, was ihnen über den Weg lief, auch Kinder wurden abgeschlachtet. Auch auf die religiöse Angehörigkeit nahm man jetzt keine Rücksicht mehr. Die noch immer in der Stadt anwesenden Christen wurden genauso ermordet wie Muslime und Juden. Nachdem die Bevölkerung ausgerottet war, zogen die Kreuzfahrer unter Freudenrufen zur Christus-Grabeskirche und lobpreisten Gott. Der Chronist Eckehard von Aura hielt fest, dass noch im folgenden Sommer 1100

„in ganz Palästina die Luft vom Leichengestank verpestet war. Von solchen Gemetzeln hat keiner je im Heidenvolke vernommen (...).“

Insbesondere der zweite sog. „slawische Kreuzzug“ machte die christliche Verbrämung der Ausplünderung und Ausrottung anderer Völker im Interesse der christlichen deutschen Feudalherren deutlich. Bereits 1108 hatten hohe Geistliche des Erzbistums Magdeburg Bischöfe und Feudalherren zu einem Raubzug gegen die Slawen aufgerufen:

„Die hiesigen Heiden sind die schlechtesten Menschen, aber ihr Land ist das beste, an Fleisch, Honig, Mehl, Vögeln, und wenn es bebaut wird, im Ertrag aller Ernten überreich, so daß es mit keinem anderen verglichen werden kann, wie alle,

die es kennen, sagen. Deshalb könnt ihr, Sachsen, Franken, Lothringer und ihr hochberühmten Söhne Flanderns, Bezwingen der Welt, hier das ewige Heil eurer Seele gewinnen und zugleich, wenn ihr wollt, das beste Siedlungsland erwerben.“¹

Als 1147 der zweite Kreuzzug aufbrach, waren sich die deutschen Feudalherren auf dem Reichstag in Frankfurt über das Ziel nicht einig. Die meisten süddeutschen Fürsten wollten zum Mittelmeer ziehen, die sächsischen Feudalherren aber gegen die Slawen. Rund 100.000 christliche Kreuzfahrer machten sich schließlich auf, um unter der Losung „Taufe oder Tod!“ die Slawen zu unterwerfen. Das danach verwüstete und teilweise entvölkerte Land wurde als Auftakt der deutschen Ostkolonisation besiedelt.

Aus dem dritten Kreuzzug von 1189 bis 1192 sollen hier noch zwei Gestalten erwähnt werden. Die erste ist der deutsche Kaiser Barbarossa, der bei diesem Kreuzzug ebenfalls „das Kreuz ergriff“, aber das Pech hatte, am 10. Juni 1190 beim Baden in einem Fluss zu ertrinken. Nach ihm nannten die Nazis den geplanten Überfall auf die sozialistische Sowjetunion „Plan Barbarossa“.

Die zweite Figur ist der bis heute in Filmen und Büchern verherrlichte Richard Löwenherz. Dieser tat sich 1191 dadurch hervor, daß er nach der Einnahme der Stadt Akkon 3.000 Gefangene, darunter auch Kinder, bestialisch ermorden ließ, weil die von ihm von der islamischen Bevölkerung geforderte Summe von 200.000 Goldstücken nach einer Woche noch nicht abgegeben worden war, und das, obwohl er eine Frist von zwei Monaten für die Zahlung zugesagt hatte.

Bis heute verharmlost und rechtfertigt die deutsch-nationalistische Geschichtsschreibung die Verbrechen der christlichen Mörder. Durch den slawischen Kreuzzug, so heißt es beispielsweise, seien schließlich die Völker Osteuropas zum „Bestandteil des Abendlandes“ gemacht worden und hätten „vom westlichen Kulturträger“ profitiert. Teilweise wird der slawische „Kreuzzug“ einfach aus der Reihe der Kreuzzüge gestrichen oder die dabei begangenen Verbrechen auf Nichtdeutsche abgewälzt.²

★★★

Im Nachtrab dieses chauvinistisch-verklärten Geschichtsbilds der imperialistischen deutschen Bourgeoisie trugen sogar sozialdemokratische Theoretiker wie Kautsky, der später revisionistischer Renegat und Konterrevolutionär wurde, deutschlümelnde Propaganda in die Reihen der Arbeiterbewegung in Deutschland. Kautsky lobte beispielsweise etwa in seinem „Standardwerk“ zum Christentum von 1908 ausdrücklich die „große Leistung der Kirche“ durch die Kreuzzüge:

„Auch nachdem sie sich in das Gegenteil ihres Anfangs verkehrt hatte, eine Herrschafts- und Ausbeutungsorganisation geworden war, vermochte sie eine Zeitlang noch Großes zu leisten. Aber mit den Kreuzzügen hatte die Kirche für die Menschheit alles getan, was sie zu tun vermochte.“ (Karl Kautsky, „Der Ursprung des Christentums“ – Eine historische Untersuchung, Nachdruck nach der 1920 erschienenen 10. Auflage, S. 492)

Quellen

¹ Zitiert in: Haasis, Hellmut G., „Spuren der Besiegten“, Hamburg 1984 Band 1, S. 149

² Zitiert in: ebenda, S. 153 f.

Außerdem: Deschner, K.: Kriminalgeschichte des Christentums, Band 6, 11. und 12. Jahrhundert, Hamburg 200; Milger, P.: Die Kreuzzüge, München 1988; Pernoud, R.: Die Kreuzzüge in Augenzeugen berichten, Düsseldorf 1965; Wollschläger, H.: Die bewaffneten Wallfahrten gen Jerusalem, Zürich 1973; Poliakov, L.: Geschichte des Antisemitismus, Band I, Worms 1979

Zur Geschichte der Religion in Deutschland

Vorherrschaft der Katholiken

Seitdem das Christentum im 4. Jahrhundert zur Staatsreligion des Römischen Reiches geworden war, bedienten sich christlichen Missionare bei der Missionierung der Germanen aus Elementen des Germanenkults³. Sie „germanisierten“ das Christentum, indem sie Jesus beispielsweise als „germanischen Heerkönig“ präsentierten. Aus der „Reli-

ckung von diversen Minderheiten innerhalb Deutschlands unheilvoll zu kaschieren mit einer Ideologie des „christlichen Abendlands“ gegen Juden und Moslems. Dabei initiierte sie nicht nur pogromartige Massenbewegungen und Pogrome bis hin zum Völkermord, sondern es gelang ihr auch, innerhalb der berechtigten Abwehrkräfte gegen diesen christlich verkleideten deutschen Chauvinismus religiös-reaktionäre Kräfte als Handlanger einzuspannen, um die Gegenwehr zu desorientieren und zu unterminieren.

gion des Duldens und Leidens“ wurde bei den germanischen Feudalherren eine Kriegerreligion.⁹

Im 7. Jahrhundert begann die Zeit der christlichen „Vorkreuzzüge“ u.a. gegen die Perser. Als die „eigentlichen“ christlichen „**Kreuzzüge**“ gelten die sieben zwischen 1096 und 1291 durchgeführten Plünderungs- und Mordzüge. Schon der Name war Programm, denn schließlich war das religiöse Mäntelchen, mit dem die reaktionären Feudalherren zur „Befreiung des Heiligen Landes“ Palästina aufriefen, nur ein Mittel, um die Massen für diese Raub- und Mordverbrechen zu mobilisieren. Um Stimmung zu machen, wurde im Vorfeld eine infame Lügen- und Hetzkampagne gegen Moslems entfacht und ganz bewusst wurde auch antisemitische Hetze betrieben, wurden Pogrome geschürt. Die christlichen Kreuzfahrer verübten Verbrechen von einem gigantischen Ausmaß und brachten hunderttausendfaches Leid vor allem über Moslems und Juden.

In Deutschland (im Sinne eines geographischen Raums) war das christliche Rauben und Morden mit dem Ende der „Kreuzzüge“ keineswegs beendet. Die christlichen „**Deutschritter**“ des „Deutschen Ordens“ unterwarfen die „heidnischen“ Pruzen im Baltikum im 13. Jahrhundert und machten es als Preußen zur Militärkolonie und Ausgangs-

basis ihrer Eroberungszüge gegen die Völker Osteuropas, insbesondere Polens und Litauens.

Innerhalb Deutschlands wurde die Lage der jüdischen Bevölkerung immer unerträglicher. Mit antisemitischen Lügen über angebliche Hostienschändungen, Brunnenvergiftungen und Ritualmorde gelang es Kirche und Feudalherren, massenhaft Bauern und verarmte Stadtbewohner gegen „die Juden“ zu **christlich-antisemitischen Morden und Pogromen** aufzuhetzen und so zu verhindern, dass diese statt dessen mit dem Feudalregime abrechneten. Beispielhaft sei die Massenmorde in Bayern 1289 genannt, die unter der Führung eines gewissen Rindfleisch innerhalb von sechs Monaten 146 jüdische Gemeinden mit rund 100.000 Anhängerinnen und Anhängern ermordeten.¹⁰ Mehr und mehr gingen die direkten Maßnahmen zur Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung von der christlichen Kirche auf den Feudalstaat über. Ab dem 13. Jahrhundert mussten Juden in Deutschland einen Spitzhut bzw. später einen gelben Fleck tragen.

Mit der **Inquisition** versuchte die katholische Kirchenhierarchie europaweit, ihre Machtposition zu bewahren. Sie war das Zentrum des Feudalsystems, das ganz Westeuropa trotz aller inneren Kriege noch vereinte. All jene, die unter dem Verdacht standen,

mit dem „Teufel im Bunde“ zu stehen, wurden gefoltert und ermordet. Um nur einen kleinen Ausschnitt zu nennen: Der erste „Hexenprozeß“ fand 1355 statt und bereits 1404 waren 30.000 als „Hexen“ diffamierte Frauen verbrannt worden.¹¹ Die Naturwissenschaft, bisher eine „Magd der Theologie“ (Engels), brachte unter dem neu entstehenden städtischen Bürgertum Gelehrte und Wissenschaftler hervor, die es wagten, gegen die christlich-kirchlichen Dogmen aufzutreten und ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse zu verfechten. Die katholische Kirche ließ Galilei im Kerker verfaulen, weil er sich für die kopernikanische Theorie einsetzte, verbrannte Giordano Bruno auf dem Scheiterhaufen und schlug Thomas Morus wegen der Verbreitung utopisch-sozialistischer Vorstellungen Arme und Füße ab. Die protestantische Kirche stand der katholischen Kirche dabei nicht nach:

„Und bezeichnend ist, daß Protestanten den Katholiken vorausseilten in der Verfolgung der freien Naturforschung. Calvin verbrannte Servet, als dieser auf dem Sprunge stand, den Lauf der Blutzirkulation zu entdecken, und zwar ließ er ihn zwei Stunden lebendig braten; die Inquisition begnügte sich wenigstens damit, Giordano Bruno einfach zu verbrennen.“

(Engels, „Dialektik der Natur“, 1873-1886, Werke Band 20, S. 313)

Reformation und Protestantismus

Die katholische Kirche war nicht nur treue Dienerin des Feudalismus, die die Leibeigenschaft und die Macht der Gutsherren für gottgewollt erklärte, sie war selbst Feudalherrin und besaß riesigen Grundbesitz. Die antifeudale Bewegung des 16. Jahrhunderts unter dem Banner der „**Reformation**“ hatte sich die Herstellung der urchristlichen einfachen Kirchenverfassung auf die Fahnen geschrieben. Als 1525 in Deutschland die **Bauernkriege** begannen, war das städtische Bürgertum weder stark noch entwickelt genug, um die rebellischen Stände unter seiner Fahne zu vereinen, sondern ging rasch auf die Seite der Reaktion über. Luther, der Begründer des Protestantismus in Deutschland, der anfänglich den Papst und die katholische Kirchenhierarchie herausgefordert hatte, verbündete sich mit Pfaffen und Fürsten gegen die aufständischen Bauern.

Die **Französische Revolution** 1789 rechnete mit Feudalismus und Religion radikal ab. Sie war die erste Revolution

„die den religiösen Mantel gänzlich abgeworfen hatte und auf unverhüllt politischem Boden ausgekämpft wurde.“

(Engels, Einleitung zur englischen Ausgabe der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, 1892, Werke Band 22, S. 303)

In Deutschland, mit seiner spezifischen ökonomischen und politischen Rückständigkeit, löste dies jedoch keine großen revolutionären Aktionen aus. Die Bourgeoisie war feige, das erst im Entstehen begriffene Proletariat und die werktätigen Bauern waren noch keine selbständige politische Kraft.

„Positives Christentum“

Nachdem 1871 in Deutschland die nationale Einheit von oben – als „bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“ (Marx) – ohne siegreiche bürgerlich-demokratische Revolution geschaffen worden war, waren die Katholiken im neuen Kaiserreich in der Minderheit. Ideologisch und politisch richtete sich Bismarcks „**Kulturkampf**“ mit seinen Gesetzen¹² gegen Vorrechte der katholischen Kirche, gegen die Spaltung der deutschen Bevölkerung in Katholiken und Protestanten, gegen den Partikularismus der ehemaligen süddeutschen Kleinstaaten. Im Ergebnis entstand so als Kompromiß der Vorläufer des späteren nazistischen „positiven Christentums“, um die „Einheit der Na-

Die Rolle der Religion während der Bauernkriege in Deutschland 1525

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts war die Katholische Kirche nicht nur treue Dienerin des Feudalismus, die die Leibeigenschaft und die Macht der Gutsherren für gottgewollt erklärte, sie war selbst Feudalherrin, besaß riesigen Grundbesitz, zwang die Bäuerinnen und Bauern, Frondienste zu leisten und Abgaben zu zahlen. Die gesamte katholische Kirchenhierarchie setzte sich aus Angehörigen der feudalen Klassen zusammen, in ihren Händen befanden sich die Schulen und Universitäten, auf allen Gebieten des geistigen Lebens dominierte die Theologie. Über das Mittelalter heißt es bei Engels:

„Es zwang damit jede gesellschaftliche und politische Bewegung, eine theologische Form anzunehmen; den ausschließlich mit Religion gefütterten Gemütern der Massen mußten ihre eigenen Interessen in religiöser Verkleidung vorgeführt werden, um einen großen Sturm zu erzeugen.“

(Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, 1888, Werke Band 21, S. 304)

Die antifeudale Bewegung der Bauern und der armen Schichten aus den Städten des 16. Jahrhunderts trug anfänglich den Charakter einer Reformationsbewegung gegen die katholische Kirche, wurde geführt in Gestalt eines **Kampfes einer Religion gegen eine andere**. Sie, diese erste gesamt-nationale Bewegung in Deutschland, hatte sich die Herstellung der urchristlichen einfachen Kirchenverfassung auf die Fahnen geschrieben. Die Verbreitung der Lutherschen Bibelübersetzung ermöglichte es, dem „feudalen Christentum der Zeit das bescheidene Christentum der ersten Jahrhunderte“ (Engels) entgegenzuhalten.

Da die herrschende katholische Religion die bestehende Gesellschaftsordnung verteidigte und rechtfertigte, war es für die neue, aufstrebende Ausbeuterklasse des städtischen Bürgertums notwendig, diese Religion als ideologische Sanktion der alten Ordnung zu bekämpfen. Dieser Kampf wurde eben unter der Losung der Reformation geführt:

„Im Mittelalter bildete es (das Christentum, A.d.R.) sich genau in dem Maß, wie der Feudalismus sich entwickelte, zu der diesem entsprechenden Religion heraus, mit entsprechender feudaler Hierarchie. Und als das Bürgertum aufkam, entwickelte sich im Gegensatz zum feudalen Katholizismus die protestantische Ketzerei (...)“

(Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, 1888, Werke Band 21, S.304)

Als 1525 in Deutschland die Bauernkriege begannen, diese bis dahin „radikalste Tatsache der deutschen Geschichte“ (Engels), war das Land in drei Lager gespalten: das katholische Lager aus Bischöfen, Fürsten und hohem Adel, das lutherisch-bürgerliche Lager mit der Masse des niederen Adels und dem städtischen Bür-

gertum und schließlich das revolutionäre Lager der ausgebeuteten Bauern, personifiziert durch Thomas Münzer.

„Das Bürgertum war weder stark noch entwickelt genug, um die übrigen rebellischen Stände – die Plebejer der Städte, den niederen Adel und die Bauern auf dem Lande – unter seiner Fahne vereinen zu können. Der Adel wurde zuerst geschlagen; die Bauern erhoben sich zu einem Aufstand, der den Gipfelpunkt dieser ganzen revolutionären Bewegung bildet; die Städte ließen sie im Stich, und so erlag die Revolution den Heeren der Landesfürsten, die den ganzen Gewinn einstrichen.“

(Engels, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, 1888, Werke Band 21, S. 304 f.)

Luther, der Begründer des Protestantismus in Deutschland, der anfänglich den Papst und die katholische Kirchenhierarchie herausgefordert hatte, versuchte die aufständischen Bauern abzuwiegeln und zu besänftigen. Als dies nichts mehr nützte, verbündete er sich schließlich mit Pfaffen und Fürsten gegen die Bauern. Gegenüber den aufständischen Bauern forderte Luther:

„Man soll sie zerschmeißen, würgen und stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund totschlagen muß!“

(Martin Luther zitiert in Engels, „Der deutsche Bauernkrieg“, 1850, Werke Band 7, S. 350)

Die kirchliche Ordnung, die es wieder herzustellen galt, sah Luther nicht nur von den „Rotten der Bauern“ bedroht, sondern auch von islamisch gläubigen Türken und insbesondere von Juden. An seine antisemitischen Hetzreden und Pogromaufrufe konnten die Nazi-Faschisten später problemlos anknüpfen. Die Niederschlagung der Bauernkriege stärkte die Macht der Fürsten und des Adels und verzögerte über Jahrhunderte die Abrechnung mit den Kräften der Reaktion. Die erneuerte und den neuen Verhältnissen angepasste christliche Religion wurde in den Händen der Ausbeuterklasse zu einem noch effektiveren Machtmittel über die werktätigen Massen:

„Luther hat allerdings die Knechtschaft aus Devotion besiegt, weil er die Knechtschaft aus Überzeugung an ihre Stelle gesetzt hat. Er hat den Glauben an die Autorität gebrochen, weil er die Autorität des Glaubens restauriert hat. Er hat die Pfaffen in Laien verwandelt, weil er die Laien in Pfaffen verwandelt hat. Er hat den Menschen von der äußeren Religiosität befreit, weil er die Religiosität zum innern Menschen gemacht hat. Er hat den Leib von der Kette emanzipiert, weil er das Herz in Ketten gelegt.“

(Marx, „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ 1843-1844, Werke Band 1, S. 386)

tion“ unter der preußisch-junkerlichen Staatsmacht zu stützen. Den unter der Flagge des Liberalismus geführten Kampf der katholischen Zentrums- und der Liberalität freilich nur unter „seinesgleichen“, unter der deutschen Christenheit zuließ – bezeichneten ihrerseits die Bismarck-Anhänger als „verpreußt“ und „verjudet“. Die Zeitung der katholischen „Zentrums“-Partei beschrieb den Konflikt sogar als Kampf gegen „verjudete Preußen“, als Kampf der „Juden gegen Rom“ und „Racheakt für ihre Vertreibung aus Jerusalem“¹³. Dazu muß man wissen, daß Jüdinnen und Juden seit 1869 formal die Bürgerrechte zuerkannt worden waren, faktisch war ihnen jedoch der Zugang zu höheren Positionen in Justiz, Armee und Verwaltung nach wie vor verwehrt. Die Forderung nach wirklicher Gleichberechtigung lehnte Bismarck, der vom Zentrum als „verjudet“ bezeichnet wurde, mit antisemitischer Argumentation ab:

„... wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde (...) Ich teile diese Empfindung mit der Masse der niederen Schichten des Volkes und schäme mich dieser Gesellschaft nicht.“
(Bismarck, Gesammelte Werke, Band 10, Reden, S. 9)

Die Herrschaft des reaktionären Preußentums rief auf ideologischem Gebiet reaktionäre und pseudowissenschaftliche Theorien ins Leben, die deutsch-tümelnden Chauvinismus, Antisemitismus und Rassismus predigten.

Der reaktionäre Historiker Treitschke formuliert die antisemitische Parole „Die Juden sind unser Unglück!“, es entstand der politische Antisemitismus mit zahlreichen Antisemiten-Parteien und eine Flut antisemitisch-pseudowissenschaftlicher Pamphlete wurde veröffentlicht.

Für die besonders aggressiven, weil „zu spät“ gekommenen deutschen imperialistischen Räuber war die christliche Missionierung ein Mittel, um sich im Kampf um einen „Platz an der Sonne“ gegen die anderen imperialistischen Großmächte vorzutasten. Insbesondere bei der Kolonisierung durch deutsche Missionare paarte sich der europäische Chauvinismus gegenüber den unterdrückten Völkern mit deutsch-chauvinistischem Herrenmentementum. Die christlichen Missionare in China, in Namibia, in Togo waren die Speerspitze der deutsch-imperialistischen Aggression, agierten als Speerspitze der deutschen Kolonialsoldateska. Gleichzeitig versuchte sich der deutsche Imperialismus bei den Völkern mit vorherrschend islamischem Glauben, die von Deutschlands imperialistischen Konkurrenten England, Frankreich und Russland unterdrückt wurden, als „Freund der Moslems“ zu profilieren. In seiner „Damaskusrede“ vom November 1898 erklärte sich Kaiser Wilhelm II. – eine offene Drohung an die Adresse der imperialistischen Rivalen Deutschlands – zum „Schutzherr“ der damals rund 300 Millionen islamischen Gläubigen.¹⁴

Während des Ersten Weltkriegs betrieben die beiden Staatskirchen deutsch-chauvinistische Hetze und forderten ihre Anhänger auf, „mit Gott und Kaiser für das Vaterland“ in den Krieg zu ziehen. Moltke, der Generalstabschef der deutschen Armee, forderte gleich zu Kriegsbeginn, es ginge darum, „den Fanatismus des Islam“ gegen Frankreich und England zu schüren.¹⁵ Die maßgebliche Beteiligung deutscher Generäle und Offiziere am Völkermord an den rund 1,5 Mio. christlichen Armenierinnen und Armeniern durch den Waffenbruder Türkei 1915 macht deutlich, wie beliebig der deutsche Imperialismus auf die „religiöse Karte“ setzte, wenn es für seine Interessen förderlich war.

Antisemitismus bei Hegel, Kant und Fichte

Die „großen preußisch-deutschen Denker“, Kant, Hegel oder Fichte begrüßten die Französische Revolution zunächst „platonisch“ und abstrakt und propagierten schließlich die Aussöhnung mit den Verhältnissen in Deutschland. In der Religionsfrage waren die „großen deutschen Denker“ jedoch weniger tolerant und begründeten einen christlich-„aufgeklärt“-philosophischen Antisemitismus. So forderte der christliche Philosoph Kant die Überwindung, die „Euthanasie des Judentums“, konstruierte einen jüdischen Nationalcharakter, bei dem er insbesondere die „Geschicklichkeit, andere zu betrügen“¹⁶ hervorhob, und behauptete einen jüdischen „Menschenhass“¹⁷. Der christliche Philosoph Hegel erklärte, dass der „unendliche Geist nicht Raum im Kerker einer Judenseele“ finde und hetzte:

„Am Haufen der Juden musste sein (Christus, A.D.V.) Versuch scheitern, ihnen das Bewusstsein von etwas Göttlichem zu geben, denn der Glaube an etwas Göttliches, an etwas Großes kann nicht im Kote wohnen.“¹⁸

Besonders widerwärtig deutsch-tümelnd und antisemitisch gab sich der christliche Philosoph Fichte. Er erklärte:

„Fast durch alle Länder von Europa verbreitet sich ein mächtiger, feindselig gesinnter Staat, der mit allen übrigen im

beständigen Krieg steht, und der in manchen fürchterlich schwer auf die Bürger drückt; es ist das Judentum.“¹⁹

Gegen die Einführung jüdischer Bürgerrechte forderte Fichte:

„Aber ihnen Bürgerrechte zu geben, dazu sehe ich wenigstens kein Mittel, als das, in einer Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden und andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee sey.“²⁰

Quellen:

¹ Kant, Immanuel, „Der Streit der Fakultäten“, 1798, Kants Werke Band 7, Berlin 1968, S. 53

² Kant, Immanuel, „Anthropologie in pragmatischer Hinsicht“, 1798, Kants Werke Band 7, Berlin 1968, S. 205

³ Kant, Immanuel, „Die Religion außerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“, 1793, Kants Werke Band 6, Berlin 1968, S. 184

⁴ Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, „Hegels theologische Jugendschriften“, S. 312 hrsg. von Hermann Nohl, Tübingen 1907

⁵ ebenda

⁶ Fichte, Johann Gottlieb, „Beiträge zur Berichtigung der Urteile über die Französische Revolution“, 1793, Sämtliche Werke Band 6, Berlin 1845, S. 149

⁷ ebenda, S. 150

Während der November-Revolution 1918 hetzten beide Kirchenleitungen gegen die Revolution als „Meineid und Hochverrat“ (Erzbischof Faulhaber)¹⁶, als „Verschwörung des internationalen Judentums“ und waren monarchistisch-antidemokratisch und nationalistisch eingestellt. Besonders in der evangelischen Kirche wurden als Grundideen des deutschen Protestantismus „Obrigkeitsgehorsam“, „Vaterlandsliebe“ und „Volkstumsideologie“ herausgestellt.¹⁷

Vor diesem Hintergrund konnten die Nazi-Faschisten zur Nutzung der Religion und der deutschen Staatskirchen für ihre Kriegs- und Vernichtungspläne auf ein ganzes Arsenal von Erfahrungen zur Anbindung und Beteiligung der deutschen Bevölkerung an Verbrechen der herrschenden Klassen zurückgreifen. Wohl gab es die nicht unwichtige ideologische Strömung um den Nazi-Theoretiker Alfred Rosenberg und General Ludendorff, die das Christentum für „unvereinbar mit dem deutschen Nationalgeist“ erklärte (insbesondere weil die Tatsache des gemeinsamen Ursprungs von Judentum und Christentum ja nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen ist) und an Nietzsche orientiert eine Art Neuheidentum propagierte, das christliche Kult-handlungen durch altgermanische Bräuche ersetzen sollte. Demgegenüber erwies sich jedoch eine andere Strömung als für die Nazis effektiver, die auf ein nicht-konfessionsgebundenes „positives Christentum“ setzte, wie es bereits im Programm der Nazi-Partei formuliert war:

„Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist.“¹⁸

Innerhalb Deutschlands begrüßten die beiden deutschen Staatskirchen die Errichtung der Nazi-Diktatur. Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD), dominiert von den nazistischen und rassistischen „Deutschen Christen“, bekannte sich im September 1933 unter Reichsbischof Müller vorbehaltlos zum Nazi-Staat „in unbedingter Treue zum Dritten Reich und seinem Führer“¹⁹ und begrüßte den so genannten „Arierparagraphen“ auch für die Kirche. Die 1934 gegründete „Bekennende Kirche“ mit Bonhoeffer an der Spitze grenzte sich nicht grundsätzlich vom Antisemitismus ab: Es sei Sache des Staates, in der so genannten „Judenfrage“, „neue Wege“ zu gehen, die Kirche habe kein

Recht, vom Staat ein anderes Handeln zu fordern.²⁰ Die katholische Kirche mahnte ihre Anhänger bereits im März 1933 während der Kundgebung der deutschen Bischöfe zur

„Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung allen rechtswidrigen oder umstürzlerischen Verhaltens.“²¹

Tatsache ist, dass alle deutschen katholischen Bischöfe, auch die angeblichen „Widerstandskämpfer“ Galen und Faulhaber, noch im Juni 1941 die deutschen Katholiken nachdrücklich zu „treuer Pflichterfüllung, opferwilligem Arbeiten und Kämpfen“ aufriefen und dazu aufforderten, den Krieg der deutschen Imperialisten gegen die sozialistische Sowjetunion zu unterstützen und „damit dem heiligen Willen Gottes“ zu folgen. Tatsache ist, dass die deutschen Kirchen durch antisemitische Propaganda vor und während der Nazi-Zeit den nazistischen Völkermord ideologisch vorzubereiten halfen. So hieß es in der Erklärung von sieben Evangelischer Landeskirchen in einer gemeinsamen Stellungnahme vom Dezember 1941:

„Als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft stehen die unterzeichnenden deutschen Evangelischen Landeskirchen und Kirchenleiter in der Front dieses historischen Abwehrkampfes, der u. a. die Reichspolizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden als der geborenen Welt- und Reichsfeinde notwendig gemacht hat, wie schon Dr. Martin Luther nach bitteren Erfahrungen die Forderung erhob, schärfste Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen und sie aus deutschen Ländern auszuweisen. Von der Kreuzigung Christi bis zum heutigen Tag haben die Juden das Christentum bekämpft oder zur Erreichung ihrer eigennützigen Ziele mißbraucht und verfälscht. Durch die christliche Taufe wird an der rassischen Eigenart eines Juden, seiner Volkszugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert.“²²

Die ungeheuren Nazi-Verbrechen, der Völkermord an 6 Millionen Juden, an über 500.000 Sinti und Roma, der verbrecherische Nazi-Krieg gegen die sozialistische Sowjetunion und die Völker Europas sind unter Duldung, Beteiligung, ja tatkräftiger Unterstützung der beiden großen christlichen Kirchen begangen worden. Wesentliche Teile der katholischen Kirche halfen nach dem Zweiten Welt-

krieg systematisch, dass sich zehntausende Nazi-Mörder vor dem Zugriff der Alliierten über die „Rattenlinie“ absetzen und ihrer gerechten Strafe entziehen konnten.

Auch außenpolitisch setzte Nazi-Deutschland nicht ohne Erfolg auf die religiöse Karte zur Erreichung seiner imperialistischen Weltherrschaftspläne, sei es durch Mobilisierung der Bevölkerungen in den Kolonien seiner imperialistischer Konkurrenten oder durch reaktionäre Kollaborateure nationaler und religiöser Minderheiten in der sozialistischen Sowjetunion – mit dem Unterschied, dass hier die Politik des deutschen Imperialismus völlig beliebig und skrupellos und nur dem Ziel untergeordnet war, was dem deutschen Imperialismus am meisten Nutzen brachte. Ob für oder gegen Christen, Hinduisten oder Moslems, jede religiöse Maskerade war dem deutschen Imperialismus recht.

Ein besonders krasses Beispiel für die Nutzung und Unterstützung reaktionärer religiöser Kräfte ist der Mufti von Jerusalem, der im vom englischen Imperialismus besetzten Palästina nach 1933 rasch auf die Seite der Nazi-Faschisten übergang. In dem von ihm geleiteten „Islamischen Institut“ in Dresden bildete er ab 1942 Soldaten der Nazi-„Ostbataillone“ aus, die aus arabischen und asiatischen Ländern rekrutiert worden waren. 1943 rekrutierte er in Bosnien 20.000 Soldaten für bosnisch-islamische Bataillone, die der Waffen-SS unterstellt waren.²³ Doch die deutschen Imperialisten beschränkten sich keineswegs auf panislamische Kollaborateure, sondern nutzten beispielsweise ebenso reaktionäre bzw. faschistische „christliche“ Kräfte, beispielsweise aus der Ukraine, Georgien und Armenien.

★★★

In Deutschland sind die evangelische und katholische Staatskirchen nach wie vor feste Größen im System des deutschen Imperialismus. Auch 200 Jahre nach der Französischen Revolution gibt es hier keine Trennung von Kirche und Staat.

Die Indoktrinierung mit den Werten der „christlich-abendländischen Kultur“ durchdringt den gesamten Alltag. Die „anderen“ haben sich den christlichen Herrenmenschen anzupassen. Wenn sie das nicht tun, an ihrer religiösen Identität festhalten, gelten sie als „sonderbar“, werden verachtet und gegängelt und sind konfrontiert mit deutschem Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus. Eine Moschee, die eine christliche Kirche überragt? Für deutsche Herrenmenschen nicht zu er-

tragen. Ein Muezzin, der laut zum islamischen Freitagsgebet ruft? Das schmerzt die Ohren der deutschen Christenheit, die das penetrante Kirchengeläute überhört.

Es geht nicht nur darum, dass dieses Land von Religionsfreiheit meilenweit entfernt ist. Es geht darum, dass diese christlich-deutsche Kultur des „Abendlandes“ untrennbar verknüpft ist mit rassistisch deutsch-chauvinistischer Diskriminierung und Unterdrückung und staatlichem Terror. In einer Atmosphäre, in der beispielsweise Menschen islamischen Glaubens rassistischen Polizeikontrollen ausgesetzt sind, ihre Gebetshäuser von Polizei und BGS gestürmt und durchsucht werden im Zuge des aktuellen christlich-abendländischen „Kreuzzugs gegen den Terror“, kommt es gleichzeitig zu massenhaften Anschlägen und Angriffen von Nazis auf islamisch gläubige und jüdische (weil vermeintlich und tatsächlich „nicht-deutsche“) Menschen und Einrichtungen.

Gleichzeitig gibt es scheinbar paradoxerweise international und in Deutschland auch einzelne Fälle von Bündnissen deutscher Nazis mit reaktionären, sich demagogisch auf den Islam berufenden Kräften, die der „Kampf gegen die Juden“ eint und die beispielsweise auf propalästinensischen Demonstrationen den Kampf zur Vernichtung Israels propagieren.

Deutlich wird: Statt nur mit Religion haben all diese Aspekte viel mehr mit dem deutschen Chauvinismus unter „christlich-deutschem“ Deckmantel zu tun.

Als kommunistische Kraft in einem imperialistischen Land mit christlicher Staatsreligion kämpfen wir gegen jegliche religiöse Diskriminierung, gegen religiöse Repressalien und Verfolgung durch den Staat. Aufgrund der Religionszugehörigkeit soll es weder Repressalien noch Privilegien durch den Staat geben. Die religiösen Anschauungen sind Privatsache, oder wie Marx es in seiner Kritik am Gothaer Programm formulierte:

„Jeder muß seine religiöse wie seine leibliche Notdurft verrichten können, ohne daß die Polizei ihre Nase hineinsteckt.“

(Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, Werke Band 19, S. 31)

Religion als Privatsache zu betrachten bedeutet daneben eben auch, den Kampf für die Zerstörung der jahrhundertealten und vielschichtigen Verbindungen zwischen den religiösen Institutionen und dem Staat der Ausbeuterklassen zu führen.

Im Kampf gegen die heute vom deutschen Imperialismus verstärkt betriebene antidemokratische

Reaktion nehmen die kommunistischen Kräfte im Kampf gegen Religion und religiöse Organisationen den nicht zu Ende geführten oder genauer: in Deutschland kaum begonnenen Kampf der bürgerlich-demokratischen Aufklärung und des bürgerlich-demokratischen Kampfes auf.

Die unverrückbaren Forderungen in diesem Kampf sind:

- Vollständige Trennung von Staat und Kirche in allen Aspekten und Lebensbereichen;
- Kampf gegen jegliche staatliche oder gesellschaftliche Unterdrückung religiöser Minderheiten;
- Enttarnung jeder Verkleidung reaktionärer politischer Strömungen unter der Maske dieser oder jener Religion, wobei in Deutschland der Hauptschwerpunkt zweifelsfrei auf die christlich-abendländische Ideologie und Politik gerichtet sein muss, ohne andere Formen reaktionär-religiöser Maskerade ganz aus der Schusslinie zu nehmen.

Dabei muss – gerade in Deutschland – auch jene scheinbar „antireligiöse“ Tradition und Ideologie bekämpft werden, die in der Tradition von Nietzsche bis hin zu Ideologen der Nazis Religion mit humanistischer Moral gleichsetzt und die Religion bekämpft, um mit einer mystischen, die Natur als Vorbild nehmenden Raubtier-Ideologie und „neuheidnischen“ Naturmystik jegliche Elemente humanistischer Moral überhaupt zu bekämpfen.²⁴

Die kommunistischen Kräfte, die wissen, dass es in der Klassengesellschaft keine in sich geschlossene allgemein-humanistische Moral geben kann, sondern nur Varianten der Klassenmoral, betonen in allen Kämpfen die Grundsätze der kommunistischen Moral, der Moral der Ausgebeuteten und Unterdrückten, die Moral des Kampfes und der Solidarität der „Verdamnten dieser Erde“ im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion für den Sieg des Kommunismus und des proletarischen Internationalismus in der ganzen Welt!

★★★

„Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist (...)“

(Marx, „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ 1843-1844, Werke Band 1, S. 385)

Quellen und Anmerkungen zum Text

¹ Anhand der Forschungsergebnisse der vergleichenden Religionswissenschaft kann ein weiterer Aspekt der Religion als „Eigenprodukt“ des Menschen bewiesen werden: Die Sagen um die sogenannten Religionsstifter Christus, Allah, Buddha und die Inhalte der jeweiligen „Heiligen Schriften“ sind voneinander abgeschrieben. So erinnert das ägyptische „Weisheitsbuch des Amenemope“ an das „Buch der Sprüche“ im von den Christen so genannten „Alten Testament“, dessen Botschaft teilweise völlig gleichlautet. Der ägyptische Gott Horus oder der phönizische Gott Tammuz sind auf die gleiche „übernatürliche“ Weise wie Christus entstanden. Sehr viele solcher „Ähnlichkeiten“ zwischen der christlichen Saga gibt es mit dem Buddhismus. Die Lehren Buddhas, der rund 500 Jahre vor unserer Zeitrechnung gelebt haben soll, wurden ab dem Jahre 60 aufgezichnet und scheinen die Erfinder christlicher Sagen „inspiriert“ zu haben: von der Entstehung Christus durch eine „unbefleckte Empfängnis“ bis hin zu Erzählungen wie z. B. dem Wenden auf einer Wasserfläche. (Siehe Amosow, N., „Die Fabel von Christus“, Moskau, 1931, S. 18 f.)

² Rund 3000 Jahre vor unserer Zeitrechnung entstand das Judentum als erste monotheistische Weltreligion. Aus dem Judentum entstand im 1. Jahrhundert nach unserer Zeitrechnung unter den unterdrückten Massen der Bevölkerung des Römischen Reiches, den verarmten Stadtbewohnern, Bauern und Sklaven das Christentum. Der Islam als dritte monotheistische Weltreligion bildete sich schließlich im 6. Jahrhundert heraus.

³ So wurde von der Katholischen Kirche das Zölibat (Ehelosigkeit der Priester) erst 1015 eingeführt, das „Sakrament der Ehe“ nicht vor 1139, die Beichte 1215, die „unbefleckte Empfängnis Mariä“ 1853 und die Unfehlbarkeit des Papstes erst 1870 (Siehe Pestalozzi, H. A., „Auf die Bäume ihr Affen“, Bern 1989, S. 164)

⁴ Wir werden hier die weltgeschichtlich durchaus massiv wirkenden Religionen des Buddhismus und Hinduismus wegen der geringen aktuellen Bedeutung heute in Deutschland zunächst nicht genauer behandeln.

⁵ Alle Zitate aus dem „Neuen Testament“ stammen aus „Die Bibel – Einheitsübersetzung – Altes und Neues Testament“, Herder Verlag 2003.

⁶ Alle Zitate aus dem Koran stammen aus „Der Koran“, Kreuzlingen/München 2003.

⁷ Siehe: F. Engels, „Flüchtlingsliteratur – Aus dem Artikel II“, 1874, zitiert in: Marx-Engels, Über Religion, Berlin 1958, S. 115

⁸ Für die Germanen war beispielsweise die immergrüne Tanne ein „heiliger“ Baum, vor dem sie Feiern zu Ehren ihrer Vorfahren abhielten. Diese Kulthandlung wurde zur christlichen Feier der Geburt Jesu umfunktioniert und der germanische Brauch, die Tanne zu verbrennen, wurde durch das Anzünden von Kerzen ersetzt, wie bis heute an der Redewendung wie „einen Christbaum anzünden“ deutlich wird.

⁹ Vgl. Deschner, Karlheinz, „Kriminalgeschichte des Christentums. Das Frühmittelalter“ (Band 4), Hamburg, 1994, S. 32 f.

¹⁰ Poliakov, Leon, „Geschichte des Antisemitismus“, II. Das Zeitalter der Vertiefung und der Ghettos, Frankfurt 1989, S. 2

¹¹ ebenda, S. 43

¹² Jesuitengesetze von 1871, Maigesetze von 1873 über die Anstellung von Geistlichen, kirchliche Disziplinargewalt, über kirchliche Strafmittel, usw.

¹³ Massing, Paul W., „Vorgeschichte des politischen Antisemitismus“, Frankfurt 1959, S. 14

¹⁴ Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 2002, S. 109

¹⁵ ebenda, S. 113

¹⁶ Denzler/Fabricius, „Christen und Nationalsozialismus“, 1993, S. 30

¹⁷ ebenda, S. 24

¹⁸ ebenda, S. 48 f.

¹⁹ ebenda, S. 61

²⁰ Korowin, „Faschismus und Religion“. In: „Unter dem Banner des Marxismus“, Heft 3/4 Jahrgang VI, 1935

²¹ Denzler/Fabricius, „Christen und Nationalsozialismus“, 1993, S. 49 und 54

²² Strauss, H.A./Kampe, N. (Hrsg.), „Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust“, Bonn 1988, S. 62/63

²³ Gutmann, I. (Hrsg.), „Enzyklopädie des Holocaust“, Band II, München Zürich 1998, S. 631

²⁴ Der deutsche Philosoph Nietzsche, der gewöhnlich als Kritiker des Christentums gilt, war weniger Atheist als Amoralist. Er lehnte das Christentum als Religion für die „Schwachen“ ab. Wie im Tierreich unterschied Nietzsche „niederes“ und „höheres Menschentum“. Letztere, so seine Behauptung, unterdrücken erstere zurecht brutal, während zum Waffenarsenal der „Niederen“ Gleichheitsgedanken, Mitleid mit den Schwachen und Moralvorstellungen gehören würden. Nietzsches Theorie war nur die atheistische Tarnung der bürgerlich-kapitalistischen Moral aus Egoismus, Habsucht, Käuflichkeit, Menschenhaß, Lüge und Grausamkeit. Sie reiht sich ein in die gesamte sogenannte positivistische Philosophie, die davon ausgeht, dass das Kriterium der Moral der egoistische persönliche Erfolg, der Gewinn sei. Moralisch, so die Anhänger der positiven Philosophie, sei alles, was Vorteil bringt. Von diesen Moralvorstellungen war es zur Ideologie des Nazi-Faschismus nicht weit.

Die Religion und der tief verwurzelte Aberglaube an den Staat in Deutschland

Eine andere Art „Aberglaube“ bildet neben dem religiösen Aberglauben eine Besonderheit gerade in Deutschland: der Aberglaube an den Staat.

Diese Behauptung mag heute vielleicht nicht auf den ersten Blick überzeugen: Offensichtlich militärischer Drill, Fahnen Parade oder gar Uniformen prägen heute nicht das Bild an deutschen Kindergärten, Schulen und Universitäten wie in vielen anderen Ländern. Nur wer erkennt, dass dieser extreme Staatsglaube das Produkt einer jahrhundertlangen eigentümlichen Entwicklung Deutschlands und seiner Klassenkämpfe ist, kann verstehen, wie dieses Potenzial für den deutschen Imperialismus jederzeit abrufbar und steigerbar ist.

Die historischen Ursachen der deutschen Staatsgläubigkeit liegen in der nichtrevolutionären Geschichte Deutschlands:

„Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen. Wir wurden restauriert, erstens, weil andere Völker eine Revolution wagten, und zweitens, weil andere Völker eine Konterrevolution litten, das eine Mal, weil unsere Herren Furcht hatten, und das andere Mal, weil unsere Herren keine Furcht hatten. Wir, unsere Hirten an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tag ihrer Beerdigung.“

(Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung“, 1843-1844, Werke Band 1, S. 379 f.)

Die „Restaurationen geteilt, ohne die Revolutionen zu teilen“ – dies zieht sich wie ein Faden durch die Geschichte Deutschlands. Denn wirklich überwinden können die breiten Massen ihre sklavische Unterwürfigkeit und ihren Glauben an die Allmacht des Staates nur durch gewaltsame Revolutionen gegen die Reaktion. In Deutschland hatten jedoch fortschrittliche Klassenkämpfe noch nie den Sieg über die jeweiligen reaktionären Machtverhältnisse, von der Niederschlagung der Bauernbewegung bis zur Novemberrevolution. Nach einem vorübergehenden revolutionären Aufschwung ist es den herrschenden Klassen in Deutschland immer wieder gelungen, diese Bewegungen unter den Einfluss der Reaktion zu bringen. Anhand der langen Kette von Niederlagen, Restaurationen statt siegreicher Revolutionen, der Beteiligung der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen der herrschenden Klassen, die im Nazifaschismus ihren Höhepunkt erreichten, wird erst

das ganze Ausmaß und die Tiefe der von Engels bezeichneten „deutschen Misere“ deutlich.

Was nämlich in Deutschland dominierte, war – im Gegensatz etwa zu England und Frankreich – vielmehr über Jahrhunderte die Tyrannei kleinstaatlicher absolutistischer despotischer Regenten mit einer riesigen Bürokratie und aufgeblähtem Beamtenapparat, die kleinlich gehässige Gängelung und Bevormundung jeglicher Aktivität der Massen. Es entwickelte sich ein typisch deutscher bürokratischer Beamtengeist mit seiner Verbeugung vor den „Buchstaben des Gesetzes“. Die Polizeiwillkür und die Allmacht der bürokratischen Maschine wurde dabei ergänzt durch den Untertanengeist und die Bedienstetheit des deutschen Spießers, der kuschelt, strebt und auf seine Karriere bedacht ist, statt sich mit „den Oberen“ anzulegen. Das reaktionäre Preußentum erhob Kadavergehorsam, knechtische Unterordnung, militärischen Drill und Disziplin gegenüber der Obrigkeit zur höchsten Tugend. Ziel war, wie Engels spöttisch formulierte, „der Gendarm in der Brust“. Die Erfurcht vor einem gewöhnlichen preußischen Beamten beschrieb Marx:

„Der Preussische Beamte bleibt für den preussischen Laien, d.h. Nichtbeamten, stets Priester.“

(Marx in: „Neue Rheinische Zeitung“ Nr. 221 vom 14.2.1849. Zitiert in: Autorenkollektiv: Marx/Engels über das reaktionäre Preußentum, Alfred Klahr: Gegen den deutschen Chauvinismus, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997, S. 77)

Die sogenannte klassische deutsche Philosophie mit Kant, Hegel oder Fichte lieferte hierzu die ideologische Rechtfertigung. Engels charakterisiert 1891 den in Deutschland so tief sitzenden Aberglauben und dessen Wurzeln:

„Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die ‚Verwirklichung der Idee‘ oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staats und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden (...) In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere (...)“

(Engels, „Einleitung zu Marx ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘“, 1891, Werke Band 22, S. 198 f.)

Die Vorstellung vom Staat als Verwirklichung der absoluten Idee wurde von Hegel ausgearbeitet. Dieser erklärte, dass die Grundlage alles Seienden das Bewusstsein, das Denken sei, jedoch nicht das Denken einzelner Menschen, sondern eines abstrakten „Weltgeists“, einer „absoluten Idee“. Diese idealistische Vorstellung der „absoluten Idee“ als Schöpfer der Natur war nichts anderes als Gott in philosophischem Mäntelchen. Marx und Engels, die sich mit Hegels Theorien intensiv auseinandergesetzt hatten, arbeiteten aus Hegels dialektischer Methode, aus seiner Entwicklungslehre den „rationalen Kern“ heraus. Dieser durchaus positive Kern wurde jedoch überdeckt durch den idealistischen Rahmen der deutschen Ideologie. Hegels reaktionäre politische Schlussfolgerungen, etwa seine Lobeshymnen auf die preußische Monarchie, die deutsch-tümelnde Verherrlichung der Deutschen als „auserwähltes Volk“, die herablassende Geringschätzung der slawischen Völker, die Rechtfertigung kolonialer Eroberungspolitik usw. unterzogen die kommunistischen Kräfte einer scharfen Kritik. Insbesondere griffen Marx und Engels Hegels Vorstellung vom Staat als „irdisch-göttliches“ Wesen an. In der „Rechtsphilosophie“ hatte Hegel formuliert:

„Es ist der Gang Gottes in der Welt, daß der Staat ist, sein Grund ist die Gewalt der sich als Wille verwirklichenden Vernunft. Bei der Idee des Staates muß man nicht besondere Staaten vor Augen haben, nicht besondere Institutionen, man muß vielmehr die Idee, diesen wirklichen Gott für sich betrachten.“

(Hegel, „Rechtsphilosophie“ 152. Zusatz zu Par. 258, S. 349. Abgedruckt in: „Bolschewik“, 1944, Nr. 9. Zitiert in: Materialien zum Studium des dialektischen Materialismus, Hrsg. Buchladen Georgi Dimitroff)

Die Ideologie eines Hegel war nichts anderes als die theoretisch-philosophische Rechtfertigung der herrschenden Realität, die so als vollkommen und unveränderlich dargestellt werden sollte. Engels betonte deshalb die Bedeutung dieser politisch reaktionären preußisch-deutschen Philosophen und erklärte, dass

„... gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewusstsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat.“

(Engels, „Einleitung zu Marx ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘“, 1891, Werke Band 22, S. 198 f.)

Lenins Charakterisierung der kommunistischen Moral

„Oft stellt man die Sache so hin, als ob wir keine eigene Moral hätten, und sehr oft erhebt die Bourgeoisie gegen uns die Beschuldigung, daß wir Kommunisten jede Moral verneinen (...)“

In welchem Sinne verneinen wir die Moral, verneinen wir die Sittlichkeit?

In dem Sinne, in dem die Bourgeoisie sie predigte, die diese Sittlichkeit aus Gottes Geboten ableitete. Hier sagen wir natürlich, daß wir an Gott nicht glauben und sehr wohl wissen, daß im Namen Gottes die Geistlichkeit redete, die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie redeten, um ihre Ausbeuterinteressen durchzusetzen (...)“

Jede solche Sittlichkeit, die von einem übernatürlichen, klassenlosen Begriff abgeleitet wird, lehnen wir ab. Wir sagen, daß das ein Betrug ist, daß das ein Schwindel ist, um die Hirne der Arbeiter und Bauern im Interesse der Gutsbesitzer und Kapitalisten zu verkleistern.

Wir sagen, daß unsere Sittlichkeit völlig den Interessen des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet ist. Unsere Sittlichkeit ist von den Interessen des proletarischen Klassenkampfes abgeleitet (...)“

Die alte Gesellschaft beruhte auf dem Prinzip:

Entweder raube ich den anderen aus, oder er raubt mich aus; entweder arbeite ich für den anderen, oder er arbeitet für mich; entweder bin ich Sklavenhalter, oder ich bin Sklave. Und es ist begreiflich, daß die in dieser Gesellschaft erzogenen Menschen diese Sinnesart, diese Gewohnheiten und Begriffe – entweder Sklavenhalter oder Sklave oder Kleineigentümer, kleiner Angestellter, kleiner Beamter, Intellektueller, kurzum ein Mensch, der nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist und den der andere nichts angeht – sozusagen mit der Muttermilch einsaugen (...)“

Redet man uns von Sittlichkeit, so sagen wir: Für den Kommunisten besteht die Sittlichkeit ganz und gar in dieser festen, solidarischen Disziplin und in dem bewußten Kampf der Massen gegen die Ausbeuter. An eine ewige Sittlichkeit glauben wir nicht, und wir entlarven den Betrug, der durch alle möglichen Märchen über Sittlichkeit verbreitet wird. Die Sittlichkeit ist dazu da, die menschliche Gesellschaft emporzuheben und sie von der Ausbeutung der Arbeit zu befreien.“

(Lenin, „Die Aufgaben der Jugendverbände (Rede auf dem III. Gesamtrussischen Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands)“, Oktober 1920, Werke Band 31, S. 280 f.)

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

**Vertrieb für
Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin**

GEÖFFNET:

Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 2/03 (März bis April 2003)

Vorbereitung von Präventivkriegen

Am 25. April 2003 gelangten erstmals Auszüge der unter Kriegsminister Peter Struck (SPD) ausgearbeiteten neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) an die Öffentlichkeit. Hierin wird u.a. das Konzept des Präventivkrieges festgeschrieben. Künftige Einsätze würden sich „weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geographisch eingrenzen“ lassen. Ein weiteres Kernstück der VPR ist der Einsatz der Bundeswehr nach Innen. Zum angeblichen Schutz der Bevölkerung vor „terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen“ wird auf diesem Wege von den Protagonisten des deutschen Imperialismus eine entscheidende Hürde zur langfristigen blutigen Unterdrückung fortschrittlicher Kräfte im eigenen Land genommen. (jW 26.04.03)

Staatlicher Terror nach Innen

In Deutschland wird offen über die Anwendung von Foltermaßnahmen diskutiert unter Berufung auf einen Polizeivizepräsidenten, der einem Tatverdächtigen zwecks Aussageerzwingung nicht nur angedroht hatte, Schmerzen zuzufügen, sondern auch bereit war, es bei Drohungen nicht zu belassen. Der „Bund Deutscher Kriminalbeamter“, der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, die SPD-Bundesjustizministerin Zypries, der hessische CDU-Ministerpräsident Koch und andere stellten sich demonstrativ vor den Polizeivizepräsidenten und verteidigten ihn gegen alle Angriffe. (ak 21.03.03)

Ende März wurde bekannt, dass in Frankfurt/Main Mitte Februar ein 30-jähriger Mann in einer Arrestzelle von einem Polizisten mehrmals mit einem Eisenrohr geschlagen wurde. (FR 25.03.03)

Ein Bericht des Anti-Folterkomitees des Europarates stellte u.a. fest, dass der Bundesgrenzschutz „exzessive Gewalt“ gegenüber Abschiebebehäftigten ausübt und dass in einem Gefängnis in Eisenhüttenstadt ein Verwahrraum entdeckt wurde mit vier Eisenringen am Boden, die dafür benutzt wurden, Gefangene mit gespreizten Armen und Beinen festzubinden. (FR 14.03.03)

Verfolgungen nach § 129a

Am 16. April 2003 wurde in Magdeburg der 23-jährige Carsten S. verhaftet. Er wird der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a beschuldigt. Ihm und Jugendlichen wird vorgeworfen, vom August 2001 bis März 2002 unter dem Namen „Kommando Freiheit für alle politischen Gefangenen“ politisch motivierte Brandanschläge gegen Konzerne und Staat mit einem Gesamtschaden von mehr als 200.000 Euro verübt zu haben. Bereits seit dem 27. November 2002 sitzen die Magdeburger Daniel Winter und Marco Heinrichs wegen gleicher Beschuldigungen in Berlin-Moabit in U-Haft. In dieser Sache wurden weiterhin am 1. April 2003 in Magdeburg

und Dessau neun Wohnungen, ein Arbeitsplatz sowie das Dessauer AJZ durchsucht. (jW 19.04.03)

Verschärfung des Drucks auf Erwerbslose

Obwohl über 450.000 Erwerbslose aus der Statistik herausgerechnet wurden, stieg die offizielle Zahl der Erwerbslosen auf 4,7 Mill. an. (taz 07.03.03) Erwerbslose müssen in Zukunft in den neu eingerichteten Job-Center „Persönlichkeitsprofile“ von sich anfertigen lassen. Motivation, Teamfähigkeit, Flexibilität, finanzielle, familiäre und persönliche Verhältnisse sollen erfasst werden. (jW 04.03.03) Am 14. März verkündete Bundeskanzler Schröder für 2004 die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe im Rahmen einer Zusammenlegung mit der Sozialhilfe, auf deren Niveau die bisherigen Almosen der Arbeitslosenhilfe, die zur Zeit 1,7 Mio. Menschen erhalten, herabgesenkt werden. (taz 15.03.03)

Keine Entschädigung für ehemalige kriegsgefangene Zwangsarbeiter

Kriegsgefangene des deutschen Imperialismus, die während des 2. Weltkriegs Zwangsarbeit verrichten mussten, erhalten nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin gegen zwei armenische Staatsangehörige grundsätzlich keine Entschädigung. Betroffen von diesem Urteil sind u. a. etwa 60.000 ehemalige sowjetische und etwa 120.000 italienische Kriegsgefangene. Die Richter begründeten ihr Urteil damit, dass Zahlungen an Kriegsgefangene, die zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden, nicht vorgesehen seien und erinnerten daran, dass die Bundesregierung keine rechtliche Verpflichtung zur Entschädigung anerkennt. (FR 05.03.03, 06.03.03)

„Sudetendeutsche Botschaft“ in der Tschechischen Republik

Wohllwollend begleitet von der deutschen Botschaft in der Tschechischen Republik eröffnete am 25. März die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Prag eine Vertretung, um der Durchsetzung revanchistischer Interessen in Tschechien den nötigen Druck zu verleihen. Der im Europarat sitzende Posselt, CSU-Mitglied und „Sudetendeutscher“, deklarierte die Vertretung zur „Botschaft der Sudetendeutschen“, welche im revanchistischen Gleichschritt mit der offiziellen deutschen Politik die Annullierung der Benes-Dekrete, Sonderrechte für Sudetendeutsche und die Rückgabe ehemaligen Eigentums von der Tschechischen Republik fordert. (Jungle World 09.04.03)

Nazi-Mord

Am letzten März-Wochenende wurde ein 25-jähriger Mann in **Frankfurt (Oder)** von drei Nazis ermordet. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen

Mordes aus Habgier und Verdeckungsabsicht und schließt, trotz bekannter Nazi-Aktivitäten eines der Täter, politische Hintergründe aus. (FR 05.04.03)

Streiflichter des Nazi-Terrors

Anfang März wurde in **Dresden** ein 35-jähriger Tunesier von zwei Nazis überfallen und schwer verletzt. (jW 05.03.03) Am 4. März wurde ein 24-jähriger Iraker in **Magdeburg** vor dem Hauptbahnhof rassistisch beschimpft und verprügelt. (Jungle World 12.03.03) In einer vollbesetzten Straßenbahn in **Schwerin** wurde am 12. März ein 10-jähriger Iraker von einem 19-jährigen Mann geschlagen, getreten und mit einem Messer verletzt. Von den Fahrgästen versuchte nur eine Frau dem Kind beizustehen. (Jungle World 26.03.03) Am 24. März verübten sechs Nazis einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in **Zwickau**. (Jungle World 02.04.03) Ein Afrikaner wurde Ende März in **Thüringen** in einem Zug von zwei Nazis verprügelt und erlitt Kopfverletzungen. (FR 30.03.03) In **Berlin** wurden Anfang April acht Jugendliche aus anderen Herkunftsländern von 25 Nazis angegriffen. Einer der acht Jugendlichen erlitt eine Kopfverletzung durch einen Schlag mit einem Baseballschläger. (taz 07.04.03) Am 13. April wurde in **Berlin** eine Gruppe von zehn türkischen und jugoslawischen Jugendlichen von etwa 30 Nazis überfallen und mit abgebrochenen Flaschenhälsen attackiert. (Jungle World 23.04.03) Ein 30-jähriger Afrikaner wurde am 4. April in **Magde-**

Abbonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 6 EUR

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069 / 730920

burg von zwei Nazis getreten und mit einer Gasdruckpistole verletzt. (taz 07.04.03) In **Jüterbog (Brandenburg)** wurde am 26. April ein 31-jähriger Libanese von drei Nazis zu Boden getreten, mit Faustschlägen malträtiert und mit einem Messer bedroht. (jW 29.04.03) Ein 35-jähriger Mann aus Nigeria wurde am 25. April von vier Nazis in einem Linienbus in **Teltow (Brandenburg)** geschlagen und getreten.

Nazis auf Friedensdemos

Die kontinuierliche Teilnahme von Nazis an Demonstrationen der Friedensbewegung gegen den Irak-Krieg und kritiklose und abwieglerische Reaktionen bürgerlicher und opportunistischer Politiker zeigen, wie weit die Öffentlichkeit an die Aktivitäten der Nazis gewöhnt ist und sie bewusst toleriert.

In **Berlin** nahmen am 15. Februar 250 Nazis an der Friedensdemonstration teil. Ebenfalls am 15. Februar marschierten ca. 100 Nazis in **Wittstock** gegen den Krieg. Am 17. und 24. Februar beteiligten sich jeweils 60 Nazis in **Halle** an den Friedensdemonstrationen. In **Anklam** nahmen am 1. März 80 Nazis an einer Friedensdemo teil. (ANNA 8-2003) In **Neuruppin** und **Greifswald** weigerten sich die Veranstalter, die Nazis von der Demonstration auszuschließen. (ak 21.03.03) In **Fürstenwalde** wurde dem NPD-Chef auf einer Friedenskundgebung Rederecht erteilt. (Jungle World 16.04.03)

Antisemitische Angriffe

Am 23. März wurde in Berlin ein US-amerikanischer Jude von einem Nazi angegriffen, beschimpft und geschlagen. Offiziell wurden in Berlin im letzten Jahr über 100 antisemitische Straftaten registriert. (Jungle World 02.04.03) Mit Hakenkreuzen beschmierten Nazis Mitte April in Berlin einen jüdischen Lebensmittelladen. (jW 16.04.03) In Mecklenburg-Vorpommern stieg im vergangenen Jahr die offiziell registrierte Zahl antisemitischer Verbrechen um 50 Prozent. (taz 16.04.03) In der Nacht zum Ostermontag verwüsteten Nazis den jüdischen Friedhof in Zwickau. Sie rissen 52 von 60 Grabsteinen aus ihrer Verankerung und warfen sie um. Die meisten Grabsteine wurden beschädigt, sechs von ihnen zerstört. (jW 23.04.03)

Anti-Nazi-Kämpfe

Am 1. März protestierten mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Bernau** (Bayern) gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis. (jW 03.03.03) Am 15. März demonstrierten in **Köln** weit über 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen zwei Nazi-Aufmärsche. In Köln-Chorweiler gelang es, den Aufmarsch der Nazis nach hundert Metern zu stoppen, so dass die Polizei sich gezwungen sah, die Nazi-Veranstaltung für beendet zu erklären. Etwa 300 Antinazistinnen und Antinazisten wurden bereits im Vorfeld von der Polizei festgenommen. Auch in **Köln-Mülheim** konnten die Nazis nur eine kurze Strecke marschieren, welche ihr von der Polizei freigeknüppelt wurde. Am 22. März protestierten 150 Menschen in **Bad Homburg** gegen den Parteitag der REPs. (ANNA 27.03.03) Den 400 Nazis, die in **Neumünster** am 5. April mit Unter-

stützung von 1300 Polizisten gegen die dortige Wehrmachtsausstellung hetzten, stellten sich 650 Antifaschistinnen und Antifaschisten entgegen. 200 von ihnen kesselte die Polizei über drei Stunden lang ein. Am 5. April protestierten Antinazistinnen und Antinazisten in **Erfurt** gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis. 14 Gegendemonstrantinnen und -demonstranten wurden festgenommen. (jW 07.04.03) In **Heidelberg** verhinderten am 19. April 1500 Menschen durch eine Gegendemonstration am Bahnhof einen Aufmarsch von 100 Nazis, die den Bahnhofsvorplatz nicht verlassen konnten und nach zwei Stunden wieder abreisen mussten. (PB 24.04.03) 150 Nazis erhielten in **Weimar** die Genehmigung, am 20. April, dem Geburtstag Hitlers, aufzumarschieren. Polizei und BGS verhinderten, dass die mehr als tausend Gegendemonstrantinnen und -demonstranten den Nazi-Aufmarsch bekämpfen konnten. (ANNA 24.04.03) Über tausend Menschen protestierten in **Rostock** am 26. April gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis. Durch Sitzblockaden konnte der Aufmarsch gestoppt werden. (taz 28.04.03)

Streikkämpfe in Deutschland

Beschäftigte der Bahn AG führten im Rahmen der Tarifausschließung Anfang März mehrere Warnstreiks durch. In Köln und Dortmund streikten Anfang März 140 Beschäftigte, was zu vier ausgefallenen Zügen führte. Die Wirkung der Streiks steigerte sich, als die in der Gewerkschaft der Lokführer (GDL) Organisierten sich am 6. März einschalteten, was zu etwa 1000 ausgefallenen Zügen führte. (jW 03.03.03, 07.03.03) 1800 Beschäftigte der Kieler Werft HDW protestierten Anfang März gegen den Abbau von 750 Arbeitsplätzen. (uz 07.03.03) 20.000 Verkäuferinnen und Verkäufer demonstrierten Anfang März in Berlin gegen die geplante Verlängerung der Ladenöffnungszeiten an Samstagen. (jW 10.03.03) Gegen die Verschärfung der Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit neuen EU-Richtlinien streikten mehrere 1000 Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter im Nordwesten Deutschlands. (taz 11.03.03)

Kämpfe gegen staatlichen Rassismus und Abschiebeterror

In verschiedenen Städten und an Flughäfen Deutschlands wurde vom 7. bis 9. März gegen das Geschäft mit der Abschiebung protestiert. (PB 13.03.03) Gegen die Haftbedingungen im Abschiebegefängnis Köpenick-Grünau in Berlin demonstrierten am 27. März etwa 100 Antirassistinnen und Antirassisten vor der Ausländerbehörde in Lichtenberg unter der Losung: „Abschiebeknäste öffnen - Ausländerbehörden schließen“. (taz 28.03.03) Das Bündnis gegen Abschiebung in Ludwigshafen protestierte am 3. April auf zwei Kundgebungen gegen die schikanöse Behandlung von Flüchtlingen auf dem dortigen Ausländeramt und forderte ein allgemeines Bleiberecht. (PB 10.04.03)

Kämpfe der Landlosen in Brasilien

In Brasilien lassen sich die Landlosen der Bewegung MTS nicht mehr länger von den Phrasen der seit zwei Monaten herrschenden reaktionären

Regierung abspesen, die mit der Ankündigung, einer „friedlichen Landreform“, sich das Vertrauen der 15 Mill. Landlosen kaufen wollte. Seit Anfang März protestieren die Landlosen wieder mit kämpferischen Aktionen. Hunderte Aktivistinnen und Aktivisten der Bewegung blockierten im Bundesstaat Alagoas eine Hauptverkehrsstraße. Im Mittelwesten des Landes besetzten die Kämpfenden Büros der Bundesbehörde für Agrarreform. Sprecher der Bewegung kündigten landesweite Mobilisierungen an. Mitte April fanden in 22 von 27 Bundesstaaten Kundgebungen der Landlosenbewegung in Verbindung mit Landbesetzungen statt. (taz 15.03.03, FR 17.04.03)

Kämpfe der Stahlarbeiter in Belgien und Luxemburg

Gegen die Schließung eines zur Arcelor-Gruppe gehörenden Stahlwerks in Lüttich, Belgien, demonstrierten am 12. März 20.000 Arbeiterinnen und Arbeiter unter Teilnahme von Kolleginnen und Kollegen aus Luxemburg, Frankreich und Deutschland. Vor dem Sitz der Arcelor-Gruppe in Luxemburg stellte sich am 17. April den ca. 2000 Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeitern, die für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrierten, ein massives Polizeiaufgebot in Kampfanzeigen, mit Stacheldrahtabsperungen, Wasserwerfern und Panzerwagen entgegen. Nachdem kämpferische Werk tätige begannen, die Stacheldrahtsperrungen zu beseitigen, marschierte die Polizei hinter rollenden Panzerwagen auf und räumte die Straße. Eine Woche später demonstrierten dort erneut 3500 Stahlbeschäftigte. 200 der Kämpferischsten von ihnen wehrten sich militant gegen die Polizei. (taz 13.03.03, jW 19.04.03, FR 26.04.03)

Betriebsbesetzungen in Argentinien

In Argentinien richtet sich das militärische Vorgehen der reaktionären Regierung verstärkt gegen die von Arbeiterinnen und Arbeitern besetzten und in Eigenverantwortung weiterbetriebenen Fabriken. In der Provinz Neuquen verteidigten sich am 8.4.2003 die Werk tätigen erfolgreich gegen die versuchte Räumung einer von ihnen besetzten Keramikfabrik. Mitte April wurde von der Polizei eine Textilfabrik in Buenos Aires geräumt, die seit Dezember 2001 besetzt worden war. Trotzdem gaben die Kämpfenden nicht auf und demonstrierten mehrere Tage gegen die Räumung. Am 21. April versammelten sich 7000 Arbeiterinnen und Arbeiter vor den um die Fabrik errichteten Polizeiabsperungen. Mit Gummigeschossen und Tränengasgranaten jagte die Polizei die Werk tätigen durch die Stadt. Es kam zu 20 Verletzten und 120 Festnahmen. (jW 19.04.03, 23.04.03)



Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 3/03 (Mai bis Juni 2003)

Neues Einsatzgebiet der Bundeswehr

Zum zweiten Mal erfolgt die Übernahme des Oberkommandos des internationalen Marineverbandes am Horn von Afrika durch deutsche Truppen am 31. Mai, verbunden mit einer gleichzeitigen Erhöhung der Anzahl der dort eingesetzten deutschen Soldaten um 200 auf 775. Am 5. Juni wurde die Verlängerung des Einsatzes von 3700 Bundeswehrsoldaten in Kosova beschlossen. Am 18. Juni entschied der Bundestag über die Entsendung von bis zu 350 Soldaten nach Uganda, zur Unterstützung einer militärischen Aktion von EU-Truppen unter französischer Führung in Kongo. (jW 30.05.03, 19.06.03, FR 06.06.03)

Grenzenloser Einsatz der Bundeswehr geplant

Nach den am 21. Mai vorgestellten neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR), die den beschleunigten Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit handelnden Interventionsarmee vorsehen, soll die Sicherheit Deutschlands auf der ganzen Welt verteidigt werden. Die Verteidigung Deutschlands lasse sich laut Struck „geographisch nicht mehr eingrenzen“. Schwerpunkt dieses aggressiven Programms ist, wie auch bei den bisher gültigen Richtlinien, die Verteidigung der weltweiten Wirtschaftsinteressen des deutschen Imperialismus. Vorgesehen ist auch der Einsatz von Bundeswehrtruppen gegen „internationale Terroristen“ und „organisierte Kriminalität“. Als neu hinzugekommene „Bedrohung“, gegen die mit militärischen Mitteln vorgegangen werden soll, wird in den VPR die „zunehmende Migrationsbewegung“ gekennzeichnet. Vorgesehen ist der Einsatz deutscher Soldaten zur Abwehr von Flüchtlingen; wobei es auch hier keine geographische Eingrenzung gibt. (jW 22.05.03, 07.06.03)

Streiflichter des staatlichen Rassismus und Abschiebeterrors

Eine aus dem ehemaligen Jugoslawien kommende Frau sprang Anfang Mai in Freienbessingen (Thüringen) aus dem Fenster einer Flüchtlingsunterkunft, als Polizisten sie zur Abschiebung holen wollten. Sie erlitt lebensgefährliche Verletzungen. (jW 19.05.03) Der 27-jährige, in Deutschland geborene D. Umit wird in die Türkei abgeschoben, obwohl er der türkischen Sprache kaum mächtig und die Türkei für ihn ein völlig fremdes Land ist. In Berlin leben über 10.000 Menschen aus anderen Herkunftsländern versteckt, um sich vor Abschiebung zu schützen. (Jungle World 21.05.03) Die Polizei räumte am 23. Mai im niederrheinischen Schwalmbach ein Kirchenasyl für drei Kurden, die dort seit Oktober 2002 Schutz suchten. (FR 24.05.03) Ein Kurde, der trotz seines 34-tägigen Hungerstreiks im Abschiebegefängnis Büren am 12. Juni in die Türkei abgeschoben worden ist, wurde dort nach Landung des Flugzeuges sofort festgenommen. (jW 14.06.03) Mehrere kurdische Gefangene im Abschiebegefängnis Glasmoor in Norderstedt-Glashütte sind in den Hungerstreik getreten, um gegen ihre erniedrigende Behandlung, insbesondere

durch Mitarbeiter der Hamburger Ausländerbehörde zu protestieren, von denen sie u.a. als „Tiere“ bezeichnet wurden. (ANNA 19.06.03)

Keine Entschädigung für griechische Opfer eines SS-Massenmords

Überlebende aus dem griechischen Dorf Distomo, in dem eine SS-Division am 10. Juni 1944 218 Frauen, Männer, Kinder und ein zwei Monate altes Baby ermordeten und anschließend den Ort niederbrannte, hatten vor acht Jahren auf Schadensersatz gegen die BRD geklagt. Von den Mördern war nach dem Krieg keiner zur Verantwortung gezogen worden. Eine Entschädigung wurde bislang von Deutschland verweigert mit der Begründung, dass hier kein Verbrechen, sondern eine übliche „Maßnahme im Rahmen der Kriegsführung“ vorliegt. In der aktuellen Stellungnahme der SPD/Grünen Bundesregierung zum laufenden Prozess haben die Opfer nach wie vor keinen Anspruch auf individuelle Schadensersatzzahlungen. Der Bundesgerichtshof stimmte am 26. Juni der Regierung zu, belehrte die Opfer noch mit den Hinweis, nur „mit den beschränkten Mitteln des Rechts“ entscheiden zu können, nach denen Staaten, nicht aber Privatpersonen Ansprüche auf Schadensersatz wegen Kriegsverbrechen geltend machen können, und wies die Klage der Überlebenden ab. Massenmorde wie in Distomo gab es während der deutschen Besatzung in Griechenland über 60, mit zehntausenden Toten. In Griechenland sind noch ca. 50.000 Einzelklagen auf Entschädigung anhängig. Somit hat für diese Fälle das deutsche Urteil Signalwirkung. (FR 12., 13., 27.06.03)

Antisemitische Friedhofsschändungen

In Lübeck wurde Anfang Mai auf dem jüdischen Friedhof ein Gedenkstein geschändet. Der Stein wurde mit roter Farbe beschmiert und ein totes Ferkel mit offener Bauchdecke davor gelegt. (jW 07.05.03) Mitte Mai wurden Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Bad Kreuznach mit Lack besprüht und mit Hakenkreuzen und SS-Zeichen beschmiert. (taz 22.05.03) In Zittau wurden 30 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof umgeworfen. (taz 27.06.03)

Ausschnitte des Nazi-Terrors

In Travemünde haben am 1. Mai drei Nazis einen Mann von einer Kai-Mauer ins Wasser gestoßen und einen anderen geschlagen und getreten. (taz 03.05.03) Am 3. Mai wurde ein Ägypter in der Regionalbahn Cottbus-Wittenberge von vier Nazis beschimpft, geschlagen und getreten. Der Ägypter erlitt mittelschwere Verletzungen. (FR 06.05.03) Am 16. Mai wurden in Essen mehrere Menschen aus anderen Herkunftsländern von drei Nazis angegriffen. Ein 21-jähriger aus Togo wurde geschlagen und getreten, ein 33-jähriger wurde bestohlen und ein 29-jähriger aus Italien geschlagen und im Gesicht verletzt. (Jungle World 11.06.03) In der Nacht vom 25. zum 26. Mai wurden drei Ukrainer in Oranienburg von fünf Nazis bedroht. Einem der Ukrainer wurde ins Gesicht

geschlagen. (jW 27.05.03) Am 29. Mai überfiel in Berlin eine Gruppe Nazis mehrere Jugendliche. Einer der Jugendlichen erlitt einen Jochbeinbruch. Am selben Tag wurde einem 37-jährigen Mann in einer Berliner S-Bahn von Nazis ins Gesicht geschlagen, nachdem dieser die Nazis aufgefordert hatte, es zu unterlassen nazistische Parolen zu brüllen. (taz 06.06.03) Drei Nazis griffen am 1. Juni in Essen-Frohnhausen einen 33-jährigen Mann aus Sri Lanka mit einem Messer an, verletzten ihn im Gesicht und traten auf ihn ein. (Jungle World 25.06.03) Ein aus Indien kommender Mann wurde am 2. Juni in Prenzlau von einem Nazi angegriffen. Am 3. Juni haben in Essen zwei Nazis einen Menschen aus einem anderen Herkunftsland angegriffen. (Jungle World 11.06.03) In der Essener U-Bahn wurde am selben Tag ein bisher unbekanntes Opfer von zwei Nazis rassistisch attackiert. (taz 05.06.03) Zwei chinesische Studenten wurden am 8. Juni in Cottbus von vier Nazis belästigt und verprügelt. (taz 11.06.03) In Schwerin wurde am 10. Juni auf einen Gemüseladen, dessen Inhaber aus Kosova kommt, ein Brandanschlag verübt. Das Geschäft wurde vollständig zerstört. (Jungle World 18.06.03) Drei Nazis griffen in Bernau am 14. Juni eine Gruppe russischsprachiger Jugendlicher an und attackierten sie. (taz 17.06.03) Mitte Juni wurde von Nazis ein vor drei Wochen errichtetes Gedenkkreuz für die gefallenen Soldatinnen und Soldaten der Roten Armee auf den Seelower Höhen zerstört. (taz 21.06.03) In Wittstock haben sechs Nazis ein 13-jähriges Mädchen kubanischer Abstammung wegen ihrer Hautfarbe beleidigt und misshandelt. (taz 26.06.03) In der Nacht vom 24. zum 25. Juni wurde auf einer Flüchtlingsunterkunft in Werda

Abbonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten A4, 6 EUR

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- ★ Deutscher Imperialismus nach Außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- ★ Deutscher Imperialismus nach Innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- ★ Kämpfe und Proteste in Deutschland
- ★ Kämpfe und Proteste international
- ★ Opportunisten

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069 / 730920

(Sachsen) ein Brandanschlag verübt. (FR 26.06.03) In Rottstock (Brandenburg) wurde ein 26-jähriger aus Kamerun am 28. Juni von vier Nazis überfallen. Sie stießen ihn in den Dorfteich und drückten seinen Kopf mehrmals unter Wasser. (jW 30.06.03)

Anti-Nazi-Kämpfe

Nur unter dem Schutz mehrerer Hundertschaften Polizei, Polizei auf Hausdächern, Polizeihubschraubern und berittenen Kommandos, konnten 150 Nazis am 1. Mai durch **Dresden** marschieren. Hunderte Antifaschistinnen und Antifaschisten stellten sich ihnen entgegen. Durch mehrere Straßenblockaden, die von der Polizei mit ungehemmter Aggressivität, insbesondere von Reiterstaffeln angegriffen wurden, gelang es, den Nazi-Aufzug mehrmals zu stoppen. (ANNA 08.05.03) 1200 Nazis zogen am 1. Mai unter dem Schutz der Polizei und begleitet von Protesten mehrerer hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten durch **Berlin**. (taz 02.05.03) In **Halle** protestierten am 1. Mai etwa 1300 Menschen gegen einen Aufmarsch von ca. 1000 Nazis. Kämpferische Antinazistinnen und Antinazisten stoppten durch Sitzblockaden den Nazi-Aufzug, welcher von der Polizei mehrmals umgeleitet werden musste, wobei es zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. (Interim 15.05.03) 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am 10. Mai in **Ennepetal** (NRW) gegen ein Nazigeschäft und gegen die nazistischen Strukturen im Ort. (PB 22.05.03) 2000 Menschen demonstrierten am 24. Mai in **Hannover** gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis, welcher von 2500 Polizisten geschützt wurde. Kämpferische Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten durch Sitzblockaden den Aufmarsch zu stoppen. Zahlreiche von ihnen wurden verletzt, als ein berittenes Polizeikommando die Blockade angriff. Hunderte Demonstranten wurden in zwei Polizeikesseln über mehrere Stunden festgehalten. Insgesamt nahm die Polizei etwa 140 Menschen aus den Kesseln in Gewahrsam. (jW 28.05.03) Im Verlauf weniger Wochen führten in **Rostock** die Nazis im Mai vier Aufmärsche durch, gegen die jeweils mehrere hundert Menschen demonstrierten. (taz 26.05.03, 02.06.03) Mehrere hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten protestierten am Pfingstweekenende in **Mittenwald** (Bayern) gegen das jährlich staatfindende Treffen der Gebirgsjäger der nazistischen Wehrmacht, um auf deren Verbrechen aufmerksam zu machen und Entschädigung für die Opfer zu fordern. (jW 10.06.03) Am 14. Juni protestierten 3000 Menschen in **Nürnberg** gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, welcher von 2000 Polizisten geschützt wurde. 16 Antinazistinnen und Antinazisten wurden vorläufig festgenommen. (taz 16.06.03) 600 Menschen, darunter 300 kämpferische Antifaschistinnen und Antifaschisten, konnten in **Schwäbisch Hall** am 21. Juni einen Nazi-Aufmarsch stoppen. Die Nazis, die gegen die Wehrmachtsausstellung hetzten, mussten ihren Aufzug vorzeitig beenden. (jW 23.06.03)

Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter in Ostdeutschland

Nach mehreren Warnstreiks im Mai in der ostdeutschen Metallindustrie im Rahmen der Tarifauseinandersetzungen um die Einführung der 35-Stunden Woche für die 310.000 Beschäftigten,

stimmten Ende Mai in Sachsen 80 Prozent der IG-Metall Mitglieder in einer Urabstimmung für den Streik. Etwa zehn Tage später stimmten auch in Brandenburg ca. 79 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für den Streik. Am 2. Juni begann in Sachsen der Arbeitskampf. 12.300 Arbeiterinnen und Arbeiter in 15 Betrieben legten die Arbeit nieder. Von Anfang an waren die berechtigten Kämpfe der Werktätigen begleitet von einer sich förmlich überschlagenden bürgerlichen Hetzkampagne gegen den Streik von Seiten der Unternehmer, ihrer Politiker und Medien. Am 17. Juni wurde der Streikkampf ausgedehnt auf Brandenburg und Ostberlin. 11.300 Beschäftigte legten hier ihre Arbeit nieder. Ende Juni, als der Streik Auswirkungen zeigte auf die Produktion in westdeutschen Betrieben, (BMW musste in München und Regensburg die Produktion für einige Zeit unterbrechen - geschätzter Gewinnausfall pro Tag: 4 Millionen Euro -, und auch bei VW in Wolfsburg drohte ein Produktionsstopp), begann die IG-Metall-Führungsclique hektisch zurückzurudern, verkündete, dass die Streiks nicht ausgeweitet würden und dass es Zeit für Schlichtungsverhandlungen sei. Prompt wurde in den ersten Betrieben in Brandenburg auf Befehl der IG-Metall-Führung der Streik ausgesetzt - was vom BMW-Chef lobend zur Kenntnis genommen wurde - und Ende Juni der Arbeitskampf kurzerhand für beendet erklärt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter erlitten eine Niederlage. (FR 31.05.03, 11.06.03, 18.06.03, taz 20.06.03, 23.06.03, jW 03.06.03, 26.06.03, 30.06.03)

Ausnahmezustand in Peru

Mit einem landesweiten Streik von 300.000 Lehrerinnen und Lehrern am 12. Mai begannen in Peru massive und militante Proteste gegen das dort herrschende reaktionäre Regime. Nach der Weigerung der Regierung, auf die Forderungen der Streikenden einzugehen, beteiligten sich Landarbeiterinnen und Landarbeiter sowie Studenten an den Protesten. Um die Kontrolle über das Land aufrechtzuerhalten, setzte der peruanische Präsident Ende Mai das Versammlungsrecht außer Kraft, verhängte für einen Monat den Ausnahmezustand und mobilisierte die Armee. Infolge dieser Maßnahmen verschärfen sich die Kämpfe. In mehreren Städten Perus kam es zu stundenlangen militanten Kämpfen der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Landarbeiterinnen und Landarbeiter mit der Armee und Polizei. Die Hauptverkehrsstraße des Landes wurde von Demonstrierenden durch eine Blockade gesperrt. Soldaten der peruanischen Armee schossen auf eine Demonstration von etwa 2000 Studentinnen und Studenten und ermordeten einen von ihnen. Trotz Versammlungsverbots demonstrierten eine Woche darauf 10.000 Menschen in der Hauptstadt Lima. 304 Menschen wurden laut offiziellen Angaben in den ersten Tagen nach Verhängung des Notstands festgenommen. Der Ausnahmezustand wurde für drei Regionen und eine Provinz des Landes Ende Juni für einen weiteren Monat verlängert. (jW 30.05.03, 31.05.03, 05.06.03, taz 05.06.03, 27.06.03)

Landesweite Streiks in Frankreich und Österreich

Am 13. Mai legte in Frankreich ein landesweiter Generalstreik das Land fast vollständig lahm. Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des

öffentlichen Nahverkehrs, der Medien, der Post, verschiedener Ämter und Behörden, Beschäftigten der Energie- und Gaswirtschaft beteiligten sich auch Fluglotsen, Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter sowie Lehrerinnen und Lehrer an dem Streikkampf, der sich gegen die von der Regierung geplante Rentenreform richtete. In Paris gingen 250.000 Menschen, in Marseille 200.000 Menschen auf die Straßen. Trotzdem die Gewerkschaftsführungen bereits für den kommenden Tag wieder zur Aufnahme der Arbeit aufgerufen haben, wurde insbesondere bei den Pariser Verkehrsbetrieben und in den Schulen und Krankenhäusern des ganzen Landes der Kampf fortgesetzt. Über eine Million Menschen beteiligten sich am 25. Mai landesweit an Kundgebungen und Demonstrationen. Die Streiks und Massendemonstrationen in Frankreich wurden bis Mitte Juni weitergeführt. Am 11. Juni kam es in Paris zu militanten Auseinandersetzungen zwischen den Protestierenden und der Polizei. 65 Festgenommene sollen in einem Schnellgerichtsverfahren abgeurteilt werden. (jW 14.05.03, 26.05.03, taz 16.05.03, FR 12.06.03) Auch in Österreich fanden Massenproteste gegen die geplante Rentenreform der Regierung statt. Mit einem landesweiten Generalstreik, den ersten seit Jahrzehnten, wurde Anfang Mai protestiert. Neben dem öffentlichen Sektor legten in über 500 Betrieben die Werktätigen die Arbeit nieder. An einer Protestdemonstration in Wien beteiligten sich über 100.000 Menschen. (jW 07.05.03, 15.05.03)

Länderübergreifende Proteste gegen G-8-Gipfeltreffen in Evian

Im Vorfeld des G-8-Treffens im französischen Evian Anfang Juni, kam es bereits Ende Mai in Genf zu Protestdemonstrationen von Gegnerinnen und Gegnern des Gipfeltreffens, die von der Polizei mit Tränengas auseinandergetrieben wurden. 100 militante Kämpferinnen und Kämpfer stürmten das Haupttor der Welthandelsorganisation WTO, zerstörten Teile des Gebäudes und legten Brände. Durch Straßenblockaden versuchten zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten den Beginn des Gipfels hinauszuzögern. In Genf und anderen Verkehrsknotenpunkten an der schweizerisch-französischen Grenze sowie den Zufahrtsstraßen nach Evian wurden bereits in den frühen Morgenstunden des 1. Juni Straßen besetzt gehalten und teilweise trotz massivem Beschuss mit Tränengas und Leuchtschurmunition gegen die Polizei verteidigt. Nach der Auflösung einer Hafenblockade in Lausanne kam es zu militanten Kämpfen zwischen den Demonstrierenden und der Polizei. Die Autobahn zwischen Genf und Lausanne musste wegen der Blockaden gesperrt werden. 200.000 Menschen beteiligten sich in Genf an einer Protestdemonstration gegen das G-8 Gipfeltreffen. Ein Demonstrationszug aus dem französischen Annemasse überschritt die französisch-schweizerische Grenze und vereinigte sich in einem Genfer Vorort mit den dort Demonstrierenden. (FR 31.05.03, jW 02.06.03)

